

Die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Uni

UnAUFGEFORDERT 29

50 Pfennig

Für Nichtstudenten 100% Aufschlag

Am Zeitungskiosk für alle 70 Pf.

29. Oktober 1991

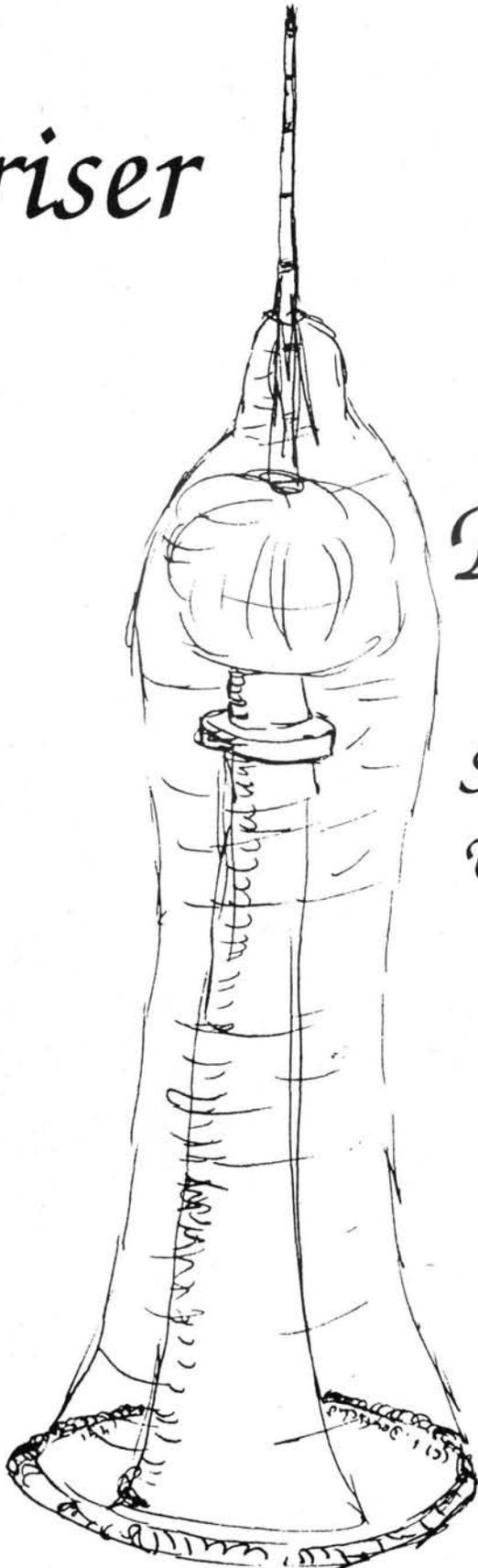
Pariser

und

Berliner

Doppelnummer:

*Sorbonne(s) Nouvelles und
UnAUF arbeiten zusammen*



- S. 3 Robert Havemann,
"Dokumente eines Lebens"
- S.4/5 Kasperltheater Uni - davor und danach
- S.6..8 Studentenvertretungen auf Französisch:
Die Syndikate
- S.9 Sorbonne(s) Nouvelles
- S.12 Frau und Herd
- S.14 Kino
- S.17 Studentenrat !SOS!
- S.18 UnAUF schaut in den Spiegel

Gegendarstellung

Das in der UnAUFGEFORDERT Erstsemestereinformatik genannte taz-Pressesearchiv in der Schadowstr. 12/13 ist in Wahrheit das Pressesearchiv der Humboldt-Universität.

Leserbrief zu "Funktionäre unter sich", (UnAUF Nr. 26, u. a.)

Werter Falko, von einem Metzger erwarte ich, daß er mit ein sauber tranchiertes Stück Fleisch in halbwegs hygienischer Umgebung anbietet. [...]

Von einem Menschen, der sich [...] damit befaßt, die Welt [...] zu erforschen und zu beschreiben, erwarte ich, daß er seiner Tätigkeit sorgfältig nachgeht. Darunter verstehe ich u. a., daß er seine Erkenntnisse [...] mit anderen Fachleuten diskutiert und [...] überprüft; daß er sie anschließend allen Mitmenschen mitteilt [...], daß man sagt, welche Probleme sich ergeben könnten. So was nennt man [...] Aufklärung im besten Sinne.

Zur Aufklärung der LeserInnen sei gesagt, daß dies eben meine Antwort auf Deine blöde Frage auf dem Deutschen Hochschul- und StudentInnentag (DHST) war, warum denn ein Intellektueller mehr Verantwortung für die Gesellschaft tragen solle als ein Metzger.

Eine weitere Bemerkung mußtest Du ja in UnAUF 26 auch noch abdrucken: die StudenInnen sollten sich nicht bewegen, sondern studieren. Sehr wohl sollten sie sich bewegen, und zwar [...] vor allem mit Herz und Verstand, wie es so schön heißt. Zusammen tun sollten sie sich und sich gemeinsam einen Kopf darum machen, warum sie studieren und wie sie es in ihrer HUB und unserer Berliner Wissenschaftslandschaft denn tun wollen. Ich gehe mal davon aus, daß sich Senator Erhardt nicht von allein nach

EDITORIAL

Es ist 5.30 Uhr, in ein paar Stunden soll die Zeitung in den Druck und wir haben ein Problem: Dies nämlich ist die langangekündigte Doppelnummer mit der Pariser Studentenzeitung Sorbonne(s) Nouvelles. Nachdem wir erst kaum Artikel hatten - die letzten kamen gestern per Fax, kamen die Übersetzungsschwierigkeiten. Herrn Schulz von der Romanistik (wir kennen ihn leider vorerst nur telefonisch und ohne akadem. Grad; auf jeden Fall aber bekommt er den h.c. von der Redaktion) haben wir es zu danken, daß von gestern auf heute Heerscharen von Studenten zum Helfen anrückten. Die Übersetzerin sollte unter dem jeweiligen Artikel stehen, aber wir wollen sie lieber hier dankbar erwähnen: Josephine Fuchs, Anne-Karin Fagard, Daniela Kleinmann, Isabelle Nicolas, Uli Miksch, Uta Schorlemmer und eine blonde Ex-Romanistin, die uns in aller Bescheidenheit anstelle ihres Namens viele Übersetzungen hinterließ. Danach begann das eigentliche Problem: Unsere Zeitung ist zu dünn, um alle französischen oder alle deutschen Artikel zu fassen, geschweige denn, beide. Mit mehr als zwanzig Seiten verärgern wir Studentenrat (Geld!) und Leser (Interesse!), mit nur zwanzig auf jeden Fall einen Teil der Autoren und Übersetzer. Was tun?

Zugunsten der dringenden Artikel verschieben wir die zeitlos schönen in die nächste Ausgabe, die anderen auf die Halde (oder in den P.), wie leider so oft. **Guten Morgen! Die Chefs.**

unseren Vorstellungen erkundigen wird. Es könnte also böse Überraschungen geben. . .

Denn die Uni, mein lieber Falko, soll mehr als ausbilden. Es reicht nicht, stromlinienförmige und nichts weiter als funktionierende AbsolventInnen für die Industrie gewissermaßen herzustellen. Du freilich schreist geradezu nach dem Druck der Industrie. Ich muß zugeben, daß ich noch selten so was Hirnrissiges von dem Schreiber einer studentischen Hochschulzeitung gelesen habe. [...] Das alles könnte man viel lockerer nehmen, [...] Das sollte man.

Aber so einfach ist das nicht mit Dir. Anscheinend machst Du [...] ernst mit dem uns in Deinen [...] Beobachtungen von der Spree aufgenommenem Motto: "Makaber wie immer: F." Oder, so frage ich mich, ist es etwa nicht makaber, wenn Du in dem DHST-Artikel, den Tod tausender Kinder in Afrika als ein "Milchpulver-Räuberpistole" bezeichnest? Bei Dir heißt es: "Nestlé hat vor zwanzig Jahren aus Unachtsamkeit den Milchpulverkonsumenten in der dritten Welt nicht einge-

bleut, bei der Fütterung ihrer Kinder das Wasser für das Milchpulver abzukochen." Ich lese Deinen Satz so, daß das ein harmloses Fehlerchen war von Nestlé: Unachtsamkeit. Daß Afrikanerinnen halt dumm sind: nur Dummen muß man etwas "einbleuen". Das Nähen der Kinder hört sich bei Dir an wie eine Viehfütterung.

Meiner Meinung solltest Du Hausaufgaben machen. Sag uns, was es damals mit Nestlé wirklich auf sich hatte. Das bedeutet, [...], kläre uns auf, was war und wir man das einschätzen könnte, z. B. in bezug auf die Verantwortung(slosigkeit) von Konzernen wie Nestlé.

Gruß Christian

DT 64?

Am 31. 12. 1991, 0.00 Uhr werden DT 64 und elf 99 für immer abgeschaltet. Deshalb treffen wir uns jeden Montag um 19.30 Uhr im JoJo, W.-Pieck-Str. 216 (nähe U-Bahn-Station Oranienburger Tor). "Freunde des Jugendrads DT 64" Bitte schreibt einen Artikel, helft beim Sammeln von Unterschriften! *Diese Bitte geben wir hiermit an unsere Leser weiter. Unser Tip: Wenn man Eure Sendungen abschaltet, ist es an der Zeit, die Rundfunkgebühren zu verweigern. Literaturhinweise: H. D. Thoreau "Pflicht zum zivilen Ungehorsam", Mahatma Gandhi: Sämtliche Werke.*

Raum für Novizen:



Francois Cadere ->

Impressum

UnAUFGEFORDERT Die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Universität. Erstmals erschienen am 17. November 1989.

Redaktion: Falko Hennig (leitender Redakteur); Stefan Deutscher, Falko Hennig (verantwortlich für diese Ausgabe); Thomas Gensch, Matthias Kolbe, Robert Kraft, Katrin Pietzner, Ole Schmiedel, Malte Sieber, Uwe Tigör.

Kontakt: Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, O-1086 Berlin; Hauptgebäude Raum 3022, Tel. 2093 2288

Herauswerfer: Studentenrat der Humboldt-Uni Berlin, Unter den Linden 6, Berlin 1086, Tel. 2093 2645; INFObüro: Hauptgebäude Raum 2016

Redaktionsschluß: 25. Oktober 1991

Satz: wir selbst **Druck:** Contrast, Hauptstr. 159, 1-62

Lizenz: (36a) 5077B beim Magistrat von Berlin gedruckt auf Recycling-Papier

Nachdruck, auch auszugsweise, ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten aber um Quellenangabe und Belegexemplar.

Für alle Fakten besteht das Recht auf Gegendarstellung in angemessenem Umfang. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Kürzel werden nur von Redaktionsmitgliedern verwendet. Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich Mitte November. Die Redaktionssitzungen sind öffentlich. Nächste am 29.10., 5.11., usw. 20 Uhr, in der Redaktion. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: ebendann

Konto: BfG, M.Kolbe, 2624780300, BLZ 100 101 11

Dokumente der Perversion

Im Ch. Links Verlag: "Robert Havemann, Dokumente eines Lebens"

Dieses Buch hier rezensieren zu können ist sicher ein Glücksfall. Ein wichtiges und interessantes Buch, das gleichzeitig Bezug zur Vergangenheit und Gegenwart der Humboldt-Uni hat, wann gibt es das schon. Nicht verkneifen kann ich mir vor der Bewertung des Buches, ein Dokument wegen seines Humors und seines spröden Charmes wörtlich abzudrucken (Dokument 4-23, S.267):

Zentralkomitee der SED
 Mai 1979
 Werter Genosse Sorgenicht!
 Beiliegend sende ich Ihnen zur Information Xerografien der Strafbefehlsanträge gegen Heym, Stefan und Havemann, Robert.
 Mit sozialistischem Gruß
 Streit

Welcher Literat könnte das erfinden? Havemann hätte seine Freude gehabt. Gelungen ist dem akademischen Autorenkollektiv die Biografie einer faszinierenden Persönlichkeit, auf die das Biermann-Lied "Nur wer sich ändert, bleibt sich treu" geschrieben zu sein scheint.

Havemann, geboren 1910, war schon als Kind von den Naturwissenschaften begeistert. Mit seinem Studium in Berlin geriet er in die politischen Auseinandersetzungen der Zeit der Weltwirtschaftskrise und wurde von einem politisch uninteressierten Mann zu einem Kommunisten, weil die Kommunisten für ihn diejenigen waren, die rücksichtslos und konsequent "gegen den Kapitalismus kämpfen wollten und natürlich gegen die Nazis". Er gründete 1942 die Widerstandsgruppe "Europäische Union", die ein sozialistisches Europa erreichen wollte.

Durch einen Spitzel wurde ihre Tätigkeit aufgedeckt und ihre führenden Köpfe verhaftet und von Freislers Volksgerichtshof 1944 zum Tode verurteilt. Nur Havemanns Urteil wurde durch einflußreiche Freunde jeweils um 2 Monate aufgeschoben, da er an kriegswichtigen Forschungen arbeiten sollte. Havemann baute sich in seinem Zellenlabor ein Radio, hörte "Feindsender" ab und gab mit diesen Informationen eine täglich erscheinende Zeitung heraus, die unter den

politischen Gefangenen des Gefängnisses Brandenburg kursierte. Einer seiner Leser, ein junger Kommunist, hieß Erich Honecker.

Die Rote Armee befreite das Zuchthaus Brandenburg. Für Havemann war Stalin der Lebensretter, in der Zeit des Kalten Krieges bis Mitte der 50er Jahre war Havemann ein Stalinist. Er wurde vom Westberliner Senat 1950 wegen eines Artikels gegen die Wasserstoffbom-

gefeuert, wird aus der Universität gejagt und aus der Partei. Er erhält Berufsverbot und bleibt doch in der DDR. Unter Hausarrest gestellt, bespitzelt, bewacht und verurteilt bleibt die DDR für ihn doch noch der bessere deutsche Staat. 1982 stirbt er in seinem Haus in Grünheide bei Berlin. "Nur wer sich ändert, bleibt sich treu" singt sein Freund Biermann. Wo stände Havemann heute?



Havemann (li.) mit Buch und Zigarette, 1967

Foto: Roger Mehllis

be im "Neuen Deutschland" fristlos von seinem Abteilungsleiterposten am Kaiser-Wilhelm-Institut entlassen. Havemann wurde zu einem geachteten Wissenschaftler der DDR (seit Februar 1950 an der Humboldt-Uni), aber auch zu einem Parteifunktionär, einem Mitglied der privilegierten Klasse.

Es hätte das Ende der Geschichte Havemann sein können, wenn, ja wenn er nicht so dickköpfig gewesen und an seinen eigenen Menschenverstand geglaubt hätte. Die Enthüllungen nach Stalins Tod waren ein Schock für ihn und er nutzte die Tauwetterperiode, sich öffentlich mit den Ursachen auseinanderzusetzen. 1963/64 hatte er nach Meinung der Partei mit seinen Vorlesungen an der Humboldt-Uni ("Dialektik ohne Dogma") den Bogen überspannt. Dieser einzige wirkliche Höhepunkt der HUB-Geschichte verwandelt sich in eines seiner schmachlichsten Kapitel. Havemann, von den Nazis zum Tode verurteilt, wegen Friedenskampf vom Westberliner Senat

Leider ist gerade der Teil des Buches, der für uns an der HUB am interessantesten sein muß (Philosoph und Kritiker, S.116 - S.190), am schwächsten geraten. Unverständliche Sätze ("Havemann wußte also, wovon er sprach, als er den Glauben an eine über alle Erfahrung erhabene Philosophie als das Grundübel dogmatischen Raisonierens ansah, das zudem vorgab, materialistisch zu sein, und es dennoch nur in Worten war." S.120) und leider auch unverständliche Auslassungen kommen vor.

Hartmut Hecht verschweigt in seinem Beitrag die Namen der Verantwortlichen der Uni-Parteileitung, die, entgegen selbst damals herrschendem Rechts, Havemann aus der Partei ausschlossen. Eine "gut funktionierende Parteiorganisation" (S.154) besteht aus verantwortlichen Menschen, die in diesem Zusammenhang genannt werden müssen.

Fast die gesamte Universitätsparteileitung stimmte diesem Recht

brechenden Ausschluß zu. Der einzige aufrechte Mann, der den Ausschluß ablehnte, war Wolfgang Heise. Daß er genannt wird, ist richtig. Aber fast noch wichtiger sind doch die Namen derjenigen, die schließlich mit ihrer Schweinerei erfolgreich waren. Wer waren die Mitglieder der Universitätsparteileitung 1964? Was machen sie jetzt?

Eine andere mir unverständliche Eigenart dieses Buches ist für mich, da es doch Dokumente eines Lebens heißt, warum die tödliche Krankheit, der Havemann schließlich erlegen ist, nicht genauer denn als

"schweres Lungenleiden" bezeichnet wird. Auf ca. 90 % der enthaltenen Fotos ist Havemann Zigaretten rauchend oder mit Zigaretenschachtel auf dem Tisch zu sehen. Die Vermutung von Lungenkrebs als Todesursache liegt nahe. Nicht großen Raum hätte das einnehmen müssen. Aber eine Bemerkung wäre seine tödliche Krankheit schon wert gewesen. Für einen starken Raucher, so Havemann einer war, ist Lungenkrebs sicher eine sehr natürliche Todesursache. Die Nichterwähnung gibt Spekulationen Raum.

Das Buch "Havemann, Dokumente eines Lebens" ist spannend für alle, die an Havemann oder Zeitgeschichte interessiert sind. Wer das Personenregister zu Hilfe nimmt, darf sich bei Andrej Sacharow auf eine Überraschung gefaßt machen. Für 38,- DM ist es bei typografischen, satztechnischen und, schlimmer, buchbinderischen Mängeln jedenfalls zu teuer. Welchen Havemann-Freund wird das abschrecken?
 F.

Von der Schule zum Kasperltheater

Die Universitäten vorher

Die Einschulung

Bis 1989 war das Leben an einer Uni der DDR überschaubar. In der 11. Klasse, noch in der Abiturphase, bewarb man sich für ein Studienfach und wurde, abhängig von fachlichen Leistungen, gesellschaftlicher "Eignung" und gewissen staatstragenden Stellen abgelehnt oder zugelassen. Der erste Fall ist, wenn gleich tragisch, so doch schnell abgehandelt - man bewarb sich für das nächste Jahr neu oder gab auf - und so wenden wir uns dem zweiten zu.

Stipendien und Wohnheime

Die Zahl der Studenten war durch gewisse Randbedingungen begrenzt - die Zahl der Wohnheimplätze, die Mittel für Stipendien, Praktikumsplätze und der vorhergeplante Bedarf an Kadern, wie Hochschulabgänger bezeichnet wurden, sind hier zu nennen. War man in die Runde der Studenten aufgenommen - als Mann in der Regel erst nach dem mindestens achtzehn, beliebter bei den Behörden jedoch sechsendreissig Monate langen Wehrdienst, so wurde man, wenn nötig, mit einem billigen Wohnheimplatz (symbolische 10 Mark im Monat) versehen und erhielt ein Stipendium von 200 Mark, in Berlin sogar 15 Mark mehr. Für große Sprünge wie teure Kleidung, Fachliteratur oder ausgedehnte Urlaubsreisen war das zu wenig, ob es zum Leben reichte, ist noch immer ein beliebter Streitpunkt. Ein Großteil meiner Freunde und auch der Mann, der am Rechner hinter mir sitzt, verneinen strikt, ich selbst jedoch bin ein lebender Beweis ohne sichtbare Mangelerscheinungen. Nun gut.

Ernte und Atomangriff

Am Beginn des ersten Semesters stand ein zwei- bis dreiwöchiger Arbeitseinsatz, meist in der Obsternete, der irgendwie - mal besser, mal schlechter - entlohnt wurde und das Label hatte, dem Kennenlernen zu dienen. Wirklich kennenlernen konnte man sich dann im zweiten Studienjahr, wenn für fünf bis sieben Wochen die Frauen in Zivilschutzlagern in der Bekämpfung von Erdbeben, Atomangriffen, Hochwasser und Verkehrsunfällen (einzeln

und in beliebigen Kombinationen) unterrichtet und die Männer zum Reservewehrdienst einberufen wurden. Den einen wurde dann aufgrund ihrer Vorgeschichte Befehlsgewalt über die anderen zubilligt - und manchmal übten sie diese so begeistert aus, daß die anderen sie noch heute nicht wieder grüßen. Gib einem Deutschen Macht, und er wird sie mißbrauchen...

Offiziersverwalter aus Passion

Um all das zu organisieren, gab es in jeder Sektion, die - Kampf den Russizismen - jetzt endlich wieder schön deutsch "Fachbereiche" heißen, Angestellte, die entweder aus der wissenschaftlichen in die organisatorische Schiene abgerutscht waren oder es als Hobby nebenbei



Mit uns zieht die neue Zeit ...

Fotos: Fisahn & Kracheel

betrieben, männlichen Studenten mit (sanftem) Druck die Bereitschaft abzupressen, sich zum Reserveoffizier ausbilden zu lassen. Ein Großteil dieser Offiziersverwalter geistert noch immer an den Universitäten umher, verwaltet nichts oder sich selbst [*wo isn da der Unterschied? - d. säzza*] und leidet an Erinnerungsschwäche, solange noch Studenten da sind, die ihn erinnern könnten.

Das Studium selbst

Für den eigentlichen Studienbetrieb, der in seiner Organisation arg an die Schule erinnerte, gab es einen ziemlich genau festgelegten Stundenplan. In einer Seminargruppe genannten Klasse von zwölf bis dreißig Mitstudenten konnte man, von gelegentlichen - oft wöchentlichen - Störungen abgesehen, eifrig lernen.

Es gab Anwesenheitspflicht und folglich -kontrollen, teils von Lehrkräften, teils von dienstbaren Kommilitonen durchgeführt, es gab aber auch Lehrende, die regelmäßig Anwesenheitslisten durch die Reihen wandern ließen, um sie mit eben so großer Regelmäßigkeit wegzwerfen, nicht ohne sich vorher über die anwesenden Karl Marxe, Albert Einsteins oder ... herzlich zu freuen. Das Studium erinnert mich darin wie auch der hohen Anzahl von Lehrkräften je Student und dem i.A. guten Verhältnis zwischen ihnen an meinen letzten Cambridge-Aufenthalt und war in dieser Hinsicht sehr effektiv. Zu effektiv vielleicht, um den Maßstäben der Besatzungsmacht zu gefallen, auf jeden Fall aber viel zu teuer, als daß die reiche Bundesrepublik sich das so noch länger leisten wollte. Wie gern sind wir das Land der Dichter und Denker -

von studienvorbereitenden Spezialschulen wurden ebenfalls kaum weiter gefordert (d.h. gefördert), wenn doch, dann nie "aus Prinzip" sondern immer Dank einzelner Wissenschaftler, die sich der oder des Vorgebildeten annahmen.

Im Allgemeinen jedoch schliff sich das Spezielle der Spezialschüler in einem Nachhilfelehredasein beim Leiten einer Lerngruppe ab. Diese bestanden aus drei bis fünf Studenten, wurden unter Regie des FDJ-Wissenschaftsfunktionärs (früher schlicht: "Seminarsekretär") gebildet und waren häufig genug ein einziger Krampf.

Und damit sind wir auch schon bei den erwähnten gelegentlichen Störungen des Studieneifers, doch bevor wir uns diesen zuwenden, noch ein paar Worte zum Seminarsekretär. Es gab für die Prüfungen das Recht auf einen selbstgewählten Beisitzer, in der Regel wurde das der, der die Studienleistungen seiner Kommilitonen, Gründe für zeitweise Leistungsschwächen u.ä. am besten kannte: der Seminarsekretär. Als Beisitzer hatte er auf eine faire Prüfung zu achten und sogar in gewissen Umfang die Möglichkeit, die Note zu beeinflussen. Doch nach dieser guten nun zur anderen Seite.

Von FDJ und Strafarbeit

Die FDJ begnügte sich leider nicht mit dem Bildenlassen von Lerngruppen, sie veranstaltete auch Pfingsttreffen, zu denen in den letzten Jahren kein Aas mehr hinwollte aber bei Strafe einer Strafarbeit (Unihof fegen) oder subtiler angekündigten Konsequenzen doch fast alle gingen. Regelmäßig wurden FDJ-Studienjahre durchgeführt und die Haupt- oder andere Aufgaben der Partei der Arbeiterklasse - richtig! - der SED¹ durchgekaut, produktiv auf die Rolle der Bedeutung oder einfach nur das Mensaessen angewendet und und und. Zum Schluß gab es das begehrte "Abzeichen für gutes Wissen" in Gold bis Bronze, letzteres eigentlich nur für Anfänger oder potentielle Dissidenten. Im Angebot waren darüber hinaus Mitgliederversammlungen auf allen Ebenen - Mitglieder aller Ebenen, vereinigt Euch! - und Titelkämpfe, auch Kulturwettbewerbe wurden gerne genommen.

Gab es nun - und das kam vor - Studenten, die trotz all dieser At-

wenn's nichts kostet. Ansonsten wird lieber in den Bau von Autobahnen und Raststätten investiert, damit z. B. die Berliner Studenten sich zweimal pro Woche auf dem Weg zu ihrem Bremer Nebenjob besser aufstauen lassen. In der Uni wird man ihrer ja kaum noch Herr! Doch ich greife vor... Zurück zur

Effektivität des Gewesenen.

Der strikte Ablauf hatte sein Für - die Prüfungen waren zeitlich und in ihrer Abfolge relativ festgelegt, man war zu arbeiten gezwungen. Für besonders Leistungsstarke hingegen war das eher ein Wider: Auch wenn sich Sonderstudienpläne einrichten ließen, war es - schon durch den erwähnten "Stundenplan" - kaum möglich, neben sagen wir Chemie noch Medizin oder Mathematik oder sonstwas zu studieren. Absolventen

traktionen den eigenen Freundeskreis bevorzugten und sich aus dem gar zu sinnlosen Zeug ausklinken oder es ändern wollten, so wurden sie mit dem abwertenden Etikett des Eigenbrötlers, des überheblichen Individualisten versehen und oft genug von in Erziehungsmaßnahmen gipfelnder kollektiver Kritik überzogen. Es ist offensichtlich, daß eine solche Projektion des staatstragenden Schwachsinn in die Universitäten den oben erwähnten Cambridge-Effekt heftig herabsetzen mußte.

Grenzen und Horror

Das war im Wesentlichen alles, abgesehen von Zugangsbeschränkungen zu fremden Ländern die alle und zu bestimmter Literatur, die überwiegend die Geisteswissenschaftler betrafen sowie teilweise herzlich veralteter oder gänzlich fehlender Ausrüstung, die jedoch weder spezifisch für die Unis noch in deren Verantwortung waren. Diese Unterentwicklung betraf zum Glück auch die ostdeutsche Bürokratie und half so eine Menge Zeit sparen, sechzehnteilige (BaFöG-)Anträge oder (...)Ämter, die drei Stunden in der Woche geöffnet haben, galten als ausgemachte Horrormärchen. Die Wirtschaft war im Durchschnitt so uneffektiv, daß sie sich eine solche verdeckte Arbeitslosigkeit, wie wir sie nun im *Schönen neuen Deutschland* vorfinden, gar nicht hätte leisten können. Und da sind wir auch schon beim zweiten Teil.

Die Universitäten dazwischen

Die geplante Einteilung in davor/danach schreit geradezu nach der Frage "Wovor, wonach?". Vor oder nach dem Dazwischen natürlich! Diese andächtig-verständnislose Ehrfurcht, mit dem solche Konstruktionen wie "Vor der *Wende*", "Nach der *Wende*" oder auch einfach nur ein "Weißt Du noch, Alter, die *Wende* damals?" oft begleitet sind, ist glatt zum die-Wände-hochgehen.

Die Freiheit ist nahe!

Also, nur kurz ... Irgendwann dazwischen, ziemlich am Anfang, hörten die Bevormundungen durch die FDJ und die führende Rolle der SED auf, schon, weil beide in die Bedeutungslosigkeit oder neugegründete marktwirtschaftliche GmbHs

verschwanden. Man konnte bestraft studieren, ohne sich um irgendetwas in der Gesellschaft zu kümmern, und viele der vom langen, zähen und doch an die eigene Unfähigkeit verlorenen Kampf an der Seite der Genossen ermüdeten FDJ-Funktionäre waren darin gutes Beispiel. Man konnte auch weiter oder endlich tun, was einem das eigene Gewissen aufbürdete: Die Gesellschaft hie und da ein wenig

**Wir wenden Ihre Uni -
sie wird wie neu!
Anruf genügt. 030/0815**

zu verbessern versuchen, und natürlich weiterstudieren. Und so stürzten sie sich denn in das Abenteuer "Demokratie", schmiedeten Seit' an Seit' mit den Erwachsenen Prüfungs- und Hochschulordnungen, bildeten Studentenräte, um die sozialen und gewerkschaftsartigen Aufgaben anzugehen, die die FDJ unter ihre Fittiche genommen, aber wenigstens in den 80er Jahren nicht mehr bewältigt hatte, um in Zeitungen Nachrufe auf plötzlich verschwundene Parteigruppenorganisatoren zu schreiben und vieles mehr zu tun.

Die Westmark naht

Man konnte besser als vorher studieren, die Bibliotheken und bald auch die Grenzen waren offen, der wissenschaftliche Austausch wurde viel besser möglich, noch gab es Stipendien. Diese hielten mit den Lebenshaltungskosten allerdings kaum noch mit in einer Zeit, in der die Lebensmittel teurer als im Westen waren, weil Millionen von entvormündigten DDR-Bürgern mal schnell ein bißchen freie Marktwirtschaft üben, sich mal eben ein bißchen so verhalten wollten, wie sie's von den bösen Kapitalisten immer gehört hatten.

Die Abwicklung auch

Doch das war noch nicht das Problem, es gab nach landesweiten Studentenaktionen bald ein geringfügig höheres Stipendium und außerdem Rücklagen für schlechtere Zeiten. Erst als sich andeutete, daß neben diesen auch die Zahl der Lehrkräfte drastisch und ähnlich nachvollziehbar wie jüngst bei den Forschungsstudenten gekürzt wer-

den würde, begann die Miesere. Und mit ihr Lothars Ende. Die Lehrtätigkeit in den ostdeutschen Unis wurde wackelig, verantwortungsvolle Betreuer rieten ihren Schützlingen, in den Westen zu gehen oder sich von einem *wirklichen* Menschen betreuen zu lassen, weil sie ja *abgewickelt* werden könnten. Diese Ungewißheit auf allen Schienen ließ weder Lehre noch Forschung direkt blühen. Es war, als würden die Besatzer sich den Ball selbst vorlegen, um in einigen Monaten dann tönen zu können, daß es in den Ost-Unis arg im Argen läge mit diesen Dingen.

So ist es noch immer, womit wir beim dritten Teil der Klamotte wären.

Die Universität danach

Tja, noch sind wir ja eher im Dazwischen als im Danach, aber wenn das Dazwischen vorbei ist, dann ist Danach.

In die Freiheit entlassen

Das Dazwischen mit all seinen Randerscheinungen, die hart für den Einzelnen sind aber notwendig für eine stabile freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie z.B.

- das Abladen oft genug abgetakelter West-Prof's in den Ost-Unis,
- das Zertören jeglichen Klimas und das Vergraulen oder gar Entlassen-Lassen von kritischen Geistern mit den immer gleichen Schlachtrufen : "Stasi?", "alte Seilschaften",
- das Abwickeln von Forschungsstudenten, die dem *richtigen* wissenschaftlichem *Nachwuchs* Konkurrenz werden könnten, wegen "fehlenden wissenschaftlichen Standards", weil sie beispielsweise vorher gerade den "Tiburtius"-Preis von Erhardt³ bekommen haben,
- das Ausbremsen von Ost-Professoren in NaFöG-Kommissionen,
- das Hin- und Her- oder, wie man sagt, sogar Verschieben von gesamtberliner Finanzen zugunsten von freien und technischen Universitäten,
- das Reinigen der Lehrmittelbibliotheken von nach "Berater"auskunft hoffnungslos veralteter Literatur, die sich nun in den Regalen dankbarer Studenten türmt,
- die Zwei-Drittel-Regelungen für die Zwei-Drittel-Menschen aus

der Zone, wo es selbst nach dem Geniestreich der Wohnungsbau-gesellschaften, höhere Umlagen als in München zu erheben, noch immer billiger zu sein hat, - etc⁴..

Endlich im Westen

Ja, wenn also das vorüber ist, was zu einem Dazwischen gehört wie der Obdachlose zur christlich-sozialen Marktwirtschaft, dann endlich sind wir in der *schönen neuen Welt* des Danach. Das Leben an einer Ost-Uni wird ähnlich dem an einer *richtigen* Uni sein, von dem ich allerdings noch zu wenig weiß. Ich studiere ja an so einem Zwischending. Natürlich freue ich mich angesichts der über uns hereingebrochenen westdeutschen Bürokratie - 16seitige Anträge sind eher Glücksfall denn Standard - schon auf all die anderen schönen Dinge, von denen ich gehört habe: hoffnungslos überfüllte Lehrveranstaltungen, endlich Anonymität, häufig ein sehr distanzier-tes oder völlig fehlendes Verhältnis von Lehrendem zum Studenten und zu guter Letzt das parteipolitische Kasperltheater auch in der Uni... "Wir sind hier, um zu werden, nicht, um zu sein!" brüllt mir mein Bismarck aus dem Bücherregal zu.

Stecher

¹Vorgängerpartei der PDS und Bruderpartei der Blockparteien CDU, LDPD, etc.

²Kose- oder auf jeden Fall Kurzname für den Staatssicherheitsdienst der DDR, von den Besatzern meist im sprachlich korrekten Maskulinum gebraucht, auch wenn die ersten vierzig Jahre der Unterdrückung den Gebrauch im Femininum eingebürgert haben. Wer also weiß, wovon er spricht, sagt meist: "die Stasi".

³Wissenschaftssenator im Berliner Senat

⁴Fortsetzung kann in der Redaktion erfragt werden

Gitarren-Unterricht

- >Für Anfänger und Fortgeschrittene von ausgebildeten Musiklehrer
- >in allen Musikrichtungen
- >bei Bedarf mit besonderer Vorbereitung auf die Musikhochschule

Bitte melden bei: Volker Link, Eldernaer Str. 23, O-1035 Berlin, Nähe S-Bhf. Storkower Straße

Ende Mai 1991 besuchte ich die Sorbonne, um die gemeinsame Nummer vorzubereiten. Mein Hauptinteresse galt dabei neben den vielen Cafés der Frage, ob und wie die Studenten Frankreichs ihre Interessen vertreten (...lassen).

Ich sollte nicht enttäuscht werden, sie tun es in der Tat, aber ich wurde, zeigen sie dabei doch ähnlichen Elan wie ihre deutschen und englischen Kommilitonen ...

Das System - die Syndikate

Das System ist vertrackt, die Studenten wählen für die CROUS/CNOUS, die sie auf regionaler bzw. nationaler Ebene vertreten sollen. Das Ganze ist dabei auf ähnliche Weise eine parlamentarische Spielweise für die zukünftigen Bausteine der Demokratie wie der in deutschen Hochschulgesetzen vorgesehene und von maximal 15% der Studenten jährlich gewählte AStA. Von der französischen Regierung wurden 1990 per Gesetz fünf sogenannte Studentensyndikate zur Vertretung studentischer Interessen in CNOUS und CROUS anerkannt, soll heißen zugelassen, und unter diesen gilt es zu wählen. Ganze 3.5% der französischen Studenten tun das. Im einzelnen handelt es sich um: UNEF, UNEF-ID, UNI, CELF und CORPO.

Die Syndikate sind dem Wahlergebnis entsprechend in CROUS/CNOUS vertreten. Im Concil sitzen 25% Studenten, dort ist das analog.

Im Gegensatz zu den deutschen Hochschulgruppierungen, die man dem politischen Geschehen auf der Großen Parlamentarisch-Demokratischen Bühne (im folgenden mit GPDB abgekürzt) wenigstens noch anhand ihres Namens und der offen vertretenen rein ideellen Nähe zu bestimmten Parteien zuordnen kann, sagen diese Namen und auch die jeweiligen Vertreter darüber fast nichts.

Um Licht hinein und mir beizubringen, wie das eigentlich alles so funktioniert, ermöglichten die Kollegen von der S(s)N mir Interviews mit Vertretern der drei erstgenannten Syndikate. Allen wurden dabei die gleichen Fragen gestellt (s. Kästen).

Die Antworten der UNEF

Zuerst sprachen wir mit OLIVIER MEIER, dem Präsidenten der bereits 1907 gegründeten UNEF:

?1.O.M.: Die UNEF ist völlig unabhängig, auch von politischen Parteien, obwohl das vom Gesetz nicht gefordert wird.

UnAUF: ? Es wird aber behauptet, daß sie der PC nahesteht.

O.M.: Unter den Mitgliedern sind alle möglichen Leute, auch Sozialisten und Kommunisten, es ist eben gemixt. Jedes Mitglied hat auch eine Stimme. Es geht uns darum, Studentenrechte und -interessen zu verteidigen.

?2.O.M.: In ganz Frankreich haben wir etwa 23 000 Mitglieder.

Die vier Syndikate - Studenten

Die Fragen im Interview

1. Unabhängigkeit, politische Ausrichtung (Nähe zu welcher politischen Partei)
2. Mitglieder
3. Ergebnis (%) bei den letzten Wahlen und Trend
4. Akzeptanz bei: Studenten, Lehrkörper, Regierung
5. Finanzierung der Arbeit, woher kommt das Geld, wieviel Prozent vom Staat, von den Mitgliedern, aus (welchen) anderen Quellen
6. Wahl der Funktionäre, wie sind die Fachgebiete vertreten (Geistes/Naturwissenschaft)
7. Einfluß auf politische Entscheidungen
8. Einige Beispiele aus der Arbeit oder Ergebnisse
9. Meinung über die anderen Syndikate, Auseinandersetzung mit ihnen
10. Position zu Stipendien und Krediten.
11. Position zu ausländischen Studenten
12. Drittmittelforschung, Militärforschung
13. Meinungen/Position zur Bildungspolitik der gegenwärtigen Regierung

?3.O.M.: Die Wahlbeteiligung zur CNOUS liegt ohnehin nur bei 3.5%, davon sind etwa 5..15% der Stimmen für die UNEF, Tendenz steigend in den letzten zwei Jahren. Das ist natürlich regional verschieden, in der Sorbonne hatten wir beispielsweise acht Prozent. **UnAUF:** ? Woher rührt diese geringe Wahlbeteiligung?

O.M.: Es gibt da zwei wichtige Gründe: zum einen administrativer Natur, um anderen fehlende Motivierung. Die Studenten sehen den Sinn der Wahlen nicht, es ändert sich ohnehin fast nichts, die Studenten sind in allen wichtigen Gremien unterrepräsentiert und haben kein Veto-Recht.

UnAUF: ? Und die administrativen Probleme ...?

O.M.: Die Regierung will verhindern, daß zu viele Studenten wählen und erschwert das alles unglaublich. So



Olivier Meier (UNEF)

wurden z.B. im ersten Semester Studenten an der Wahl gehindert - es gab einfach keine Räume für Wahlbüros. Von den etwa 400 Hochschulen in Paris hatten nur 36 Wahlbüros, die aber nach dem Gesetz notwendig sind; der Rest konnte also

nicht wählen. Außerdem fanden die CROUS-Wahlen früher über mehrere Tage statt, nun nur noch an einem, womit die Beteiligung weiter sinkt. Zu guter Letzt haben diese Wahlbüros so unmögliche Öffnungszeiten, daß viele Studenten es einfach nicht schaffen.

?4.O.M.: Die Lebensbedingungen für Studenten sind ziemlich schlecht, verschlechtern sich schnell, es gibt zu wenig Platz, zu wenig Ausrüstung, zu wenig Lehrkräfte, es gibt eine starke soziale Selektion. Wir tun etwas dagegen - die Studenten akzeptieren uns.

Mit dem Lehrkörper gibt es auch keine Probleme, wir haben gute Beziehungen zur SNES. Die Regierung verhandelt mit uns, also erkennt sie uns auch an.

?5.O.M.: Die Beiträge unserer Mitglieder sind die Haupteinnahme, dazu der Verkauf von Informationsmaterial, Büchern, Stickern usw. Das von der Regierung kommende Geld macht etwa ein Fünftel unseres Etas aus.

UnAUF: ? Wie setzt sich das Geld von der Regierung zusammen?

O.M.: Ein Teil ist von den Wahlergebnissen bei CNES/CNOUS abhängig und gesetzlich vorgeschrieben, soll allerdings der Ausbildung der Repräsentanten dienen. Über den größeren Teil weiß allerdings niemand so richtig Bescheid, die UNEF-ID bekommt zum Beispiel wesentlich mehr. Auf unsere Fragen bekommen wir nie eine Antwort.

?6.O.M.: Die Funktionäre kommen aus allen Fachgebieten, es gibt da keine Festlegungen. Wir haben und auch keine Quotenregelung und trotzdem sind etwa die Hälfte Frauen. Das hängt vom Interesse und von der Leistung ab und schwankt natürlich.

?7.O.M.: Direkten Einfluß haben wir nicht, nur indirekt über unsere Aktionen. So unterschrieben z.B. bis auf die UNEF alle Syndikate den

Sozialplan der Regierung für Studenten, der enthält, daß Stipendien durch Kredite ersetzt werden sollten. Die Regierung mußte das inzwischen relativieren.

UnAUF: ? Da sind wir gleich bei der nächsten Frage: ?8.

O.M.: In der Sorbonne werden endlich die Namen der Prüfungskorrektoren bekanntgegeben, sonst nirgends. Das ist natürlich ein lokaler Erfolg. Auch bei der Einschreibung haben wir Erfolge - die Unis führen über Kapazitätsabschätzungen einen indirekten numerus clausus ein, wir haben darüber an den Schulen in Aktionen: !SOS!-Einschreibung informiert und erreicht, daß doch mehr Schüler studieren konnten.

?9.O.M.: Mit der UNI haben wir keine Gemeinsamkeiten, die erinnert zu stark an RPR und GUD. Auf die UNEF-ID gehen wir mit offenen Händen zu, auch wenn sie oft zu regierungskonform ist. Insgesamt dominiert die UNEF wohl im Einsatz für Studenten.

?10.O.M.: Zur Zeit erhalten etwa 10% der Studenten ein Stipendium, 30% einen Kredit, der Rest geht leer aus und



Anne S. von S(s)N

muß die Eltern schröpfen oder nebenbei arbeiten. Wir haben erreicht, daß ab Oktober 1991 20% der Studenten

ein Stip erhalten und wollen, daß der Anteil der weiter erhöht wird.

?11.O.M.: Ausländische Studenten erhalten von der UNEF starke Unterstützung. Dabei richten wir uns vor allem gegen das PASQUA-JOYE-Gesetz, das es ermöglicht, Studenten ziemlich einfach rauszuschmeißen, wenn sie keine

Aufenthaltsgenehmigung haben. Dafür muß man neuerdings monatlich 2000 France nachweisen können, woher auch immer. Wer die nicht hat, hat Pech, auch wenn er schon drei Jahre studiert. Die UNEF ist für Gleichheit der Studenten und außerdem der Meinung, daß die Regierung sich nicht so einfach aus der Verantwortung Frankreichs als ehemalige Kolonialmacht heraushehlen darf. Es gibt Petitionen gegen dieses Gesetz, wir arbeiten auf seine Annullierung hin. **UnAUF** Und konkret?

O.M.: Es geht bis zu physischem Schutz ... Ein Beispiel: Ein Student aus Zaire wurde wegen fehlender

Aufenthaltsgenehmigung eingesperrt und sollte abgeschoben werden. Wir haben an einem Tag 3000 Unterschriften gesammelt und Demonstrationen dagegen organisiert, haben auf dem Flugplatz, wo er

vertretung auf Französisch

abgeschoben werden sollte, mit den Piloten verhandelt und schließlich einen Rechtsanwalt aufgetrieben, der sich der Sache annahm. Der Student bekam die Aufenthaltsgenehmigung und konnte weiterstudieren.

?12.O.M.: Die Unis brauchen Geld und müssen auch von der Industrie welches kriegen, aber das muß irgendwie über den Staat, z. B. in Form von Steuern geschehen. Eine Drittmittelforschung, bei der dann irgendeine Firma bestimmt, was an der Uni passiert, lehnen wir ab. Schon jetzt sind 60% der Forschung in der Physik vom Militär kontrolliert, also geheim, und in der Chemie ist das ähnlich. Das ist doch gegen die Idee von offener Forschung an den Universitäten!

?13.O.M.: Die Bildungspolitik der sozialistischen Regierung ist schlecht. Es gibt dort zwei wichtige Aspekte: Zum einen will die Regierung mehr Einfluß für die Manager der Industrie einräumen, zum anderen sind die 1.6 Mio. Stimmen der Studenten wichtig bei der Wahl ... Das Bildungsministerium fragt inzwischen die Studentensyndikate vor wichtigen Entscheidungen, die die Studenten betreffen, das gab es früher auch nicht.

Olivier Meier ist 27 Jahre alt, hat Physik studiert und studiert nun orientalische Sprachen. Er ist seit etwa 3 Jahren Präsident der UNEF, wurde stets wiedergewählt und ist Mitglied der kommunistischen Partei. Die Zeit für sein Studium findet er irgendwie.

Die Antworten der UNI

Die 1968 gegründete UNI trat uns in Gestalt von PHILIPPE EVANO entgegen.

?1.P.E.: Wir sind völlig unabhängig, haben keine Verbindung mit irgendeiner politischen Partei, aber natürlich politische Beziehungen.

UNAUF: Man sagt aber, daß die UNI den Gaullisten nahesteht?

P.E.: Die Verbindung zur UDR ist historisch bedingt, schon weil die UNI 1968 mit Hilfe von Charles de Gaulle gegründet wurde.

?2.P.E.: Wir haben etwa 25 000 Mitglieder, davon 20% Hochschullehrer, etwa ein Drittel Studenten, ein Drittel ehemalige Studenten (!!) und der Rest Schüler. Der Älteste, ein Arzt, ist einhundert Jahre alt, die Untergrenze liegt bei 15 Jahren.

UNAUF: Also ein typisches Studentensyndikat ..?

P.E.: Nein, kein Syndikat - eine Vereinigung mit syndikatsartigen Aktivitäten.

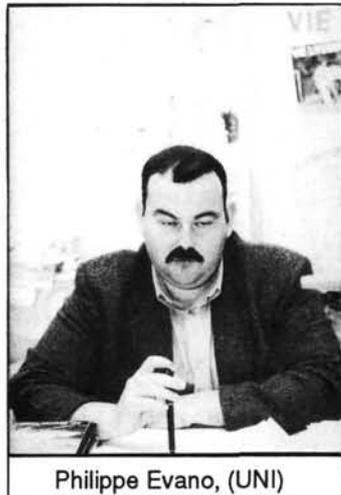
UNAUF: Aha. ?3.

P.E.: 1981 hatten wir erst fünf, 1990 fünfzehn bis zwanzig und 1991 zwanzig Prozent der Stimmen.

?4.P.E.: Es ist paradox, unser Einfluß und die Akzeptanz sind bei politischen Parteien und Gewerkschaften viel

stärker als bei den Studenten. Vor allem in kleinen Schulen haben wir eine hohe Akzeptanz, beispielsweise haben von den 250 Studenten der l'ENS 190 für uns gestimmt. In der Pariser Umgebung gab es aber keine Wahlbüros, die kleinen Schulen sind mehr rechts, fallen aber wegen der fehlenden Wahlbüros oft weg, die großen Unis sind mehr links und haben Büros - das ist nicht fair. Die Wahlen sind gar nicht repräsentativ. Das einzig Aussagekräftige ist die Entscheidung der Studenten in den richtigen Wahlen, und da wählt die Hälfte rechts, die Hälfte links, wenn man von den 15 .. 40% unpolitischer Studenten absieht.

?5.P.E.: Wir haben ein Etat von etwa 1 Mio. France im Jahr. Das Erziehungsministerium zahlt, abhängig von der Wahlergebnissen, etwa 400 000 France im Jahr. Die etwa 8 000 Studenten zahlen 40 und die Schüler 20 France im Jahr. Dazu kommen noch bedeutende Spenden von etwa 1 000 ehemaligen Studenten in Höhe von 500 bis über 2000 France.



Philippe Evano, (UNI)

[macht schon mindestens 1,3 Mio. im Jahr - d. säzza; weiß ich doch - d. Autor].

?6.P.E.: Die Wahl erfolgt innerhalb der drei Gruppen (Lehrer, Studenten, Rest) auf verschiedenen Ebenen, teilweise wird auch nominiert. Bei den Lehrern sind die Mediziner am stärksten vertreten, dann folgen Juristen und Wirtschaftsleute, Geisteswissenschaftler und zuletzt Naturwissenschaftler. Bei den Studenten sind über 40% aus Rechts- und Wirtschaftsfächern, gefolgt von Naturwissenschaften und Technik, Geisteswissenschaften und zuletzt der Medizin.

?7.P.E.: Es gibt da zwei Ebenen. Die erste sind die Beziehungen zu Parteien, die bis ins Parlament reichen. Das ist aber nicht sehr effektiv. Die zweite sind Meinungskampagnen, Flugblattaktionen usw. Darüber haben wir auch Einfluß auf die RPR und die UDF und können bestimmte Vorhaben der Regierung, wie z.B. den Sozialplan

für Studenten beeinflussen.

?9.P.E.: Es gibt zwei Gruppen von Syndikaten - die UNEF's mit nationaler und die CORPO mit regionaler und nur zeitweiser Bedeutung. Repräsentativ ist nur die erste Gruppe. Die UNEF-ID ist völlig entgegengesetzt zur UNI, aber repräsentativ, die UNEF ist ebenfalls repräsentativ, aber wir haben nichts mit ihr gemein und würden nie koalieren.

?10.P.E.: Wir sind natürlich für eine Erhöhung der Stipendien von derzeit 4 500 auf 6 000 France im Jahr, aber auch Kredite, die die Banken den Studenten abhängig von ihrer sozialen Lage gewährt, sind eine gute Sache. Wie? - Ja, mit Zinsen natürlich.

?11.P.E.: Wir können Studenten nach dem ersten Zyklus (d.h. den ersten beiden Studienjahren) unterstützen, aber den sollen sie zu Hause machen. Wir haben nichts gegen Ausländer, aber das ist eine Frage des Niveaus. Es sollte auch ein Französisch-Test gemacht werden; es gibt zwar einen, aber der ist nicht wirksam. Natürlich wollen wir einen freien Zugang zur Universität für alle, aber es muß auch eine Aufnahmeprüfung geben. Ja, für alle, auch für Franzosen.

Ein wichtiges Problem für die ausländischen Studenten sind doch die Jobs. Zum Beispiel kommen viele aus der dritten Welt, um hier Medizin zu studieren und gehen dann einfach nicht zurück. Das geht so doch nicht. Es ist auch eine Verfassungsfrage - wir haben zwar kein Recht auf Arbeit, aber es gibt natürlich Unterschiede zwischen Franzosen und Ausländern, wie es auch einen Unterschied zwischen Europa, d.h. der EG, und dem Rest gibt.

?12.P.E.: Das Geld von der Industrie und notfalls eine private Finanzierung sind ganz wichtig, wenn der Staat nichts gibt. Durch eine Vervielfältigung der Geldquellen geben Drittmittel eine Garantie für Unabhängigkeit auch vom Staat.

Militärforschung kann natürlich auch in den Unis geamtet werden, sollte aber immer zeitlich befristet sein. Nachher können doch alle die Ergebnisse nutzen, außer wenn die geheim sind. Der spin-off von militärischer zu ziviler Forschung ist wichtig.

?13.P.E.: Die Bildungspolitik der Regierung ist völlig unmöglich. Wir können nichtmal die Grundlagen akzeptieren, aber das würde hier zu weit führen.

PHILIPPE EVANO ist 32 Jahre alt und absolviert gerade ein postgraduales Studium auf dem Weg zum Doktor der Geschichte. Vorher hat er in einem Unternehmen gearbeitet und sich mit klassischer Literatur beschäftigt, davor wiederum ein landwirtschaftliches Studium absolviert. Den Job als Landesverantwortlicher der UNI hat er seit sieben Jahren inne und will auch noch bis zum Ende seines Studiums weitermachen. PHILIPPE EVANO ist



Philippe Evano, (UNI)

in keiner Partei, aber stellt sich in die Nähe der RPR.

Die Antworten der UNEF-ID

Für die 1981 aus der UNEF heraus gegründete UNEF-ID sprachen ihr Vizepräsident NICOLAS DELESQUE und MAOMARX PENINOU von der universitären Strukturreformkommission mit uns.

?1.Antw.: Wir sind völlig unabhängig, von Institutionen, Staat, Parteien usw. Und wir sind hier in Frankreich unabhängiger als Studentenvertretungen anderswo in Europa. Im Osten gibt es immer eine Abhängigkeit zur kommunistischen Partei, in Schweden z.B. zu den Sozialdemokraten. Hier gibt keine Partei direkt Geld, auch wenn die UNEF-ID stark mit der französischen sozialistischen Bewegung verbunden ist, ist sie völlig unabhängig. Seit 1986 orientiert sich die UNEF-ID stärker an der sozialistischen Partei (PS), mit der wir über Regierungsarbeit in Kontakt kamen. Etwa 95% unserer Mitglieder sind Parteilos, d.h. jeder Trend der sozialistischen Partei ist in der UNEF-ID repräsentiert.

?2.Antw.: Wir haben etwa 35 000 Mitglieder, ausschließlich Studenten, die gewerkschaftsartig organisiert und nicht sehr aktiv sind. Aktiv sind etwa 5..7 000 Studenten.

?3.Antw.: Die Wahlbeteiligung steigt seit ca. zehn Jahren, hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Auf Fachbereichsebene wird mehr gewählt als für die CROUS. Von anfänglich 25% (1983) hatten wir 1989 schon 34% erreicht.

?4.Antw.: Die Akzeptanz bei den Studenten drückt sich ja auch in der Wahlbeteiligung aus.

UNAUF: Die liegt doch bei etwa 3.5 und nie über 15 Prozent?

Antw.: Das ist einfach zu erklären. Es schreiben sich viel mehr Studenten ein, als tatsächlich studieren. Das heißt, bei einer Wahlbeteiligung von 15 Prozent der eingeschriebenen tatsächlich etwa 50..60 Prozent der Studenten wählen, die auf dem Campus sind. Die Studenten sind noch sehr jung, haben kaum mit Politik zu tun, aber sie kommen mit Problemen zu uns. Wenn die Syndikate arbeiten, werden sie akzeptiert. Die Profs akzeptieren, daß die Studenten etwas zu sagen haben, auch wenn sie das eigentlich nicht wollen. Und die Regierung braucht schließlich auch Zuarbeit.

?5.Antw.: Wir haben im Jahr etwa 2..2.5 Mio. France zur Verfügung. Davon kommen 30 Prozent von den

Die Syndikate ... Fortsetzung

Mitgliedsbeiträgen, 40..50% vom CORPO-Service, der zur UNEF-ID gehört und zum Beispiel Kopiermöglichkeiten, Buch- und Kaffeeverkauf umfaßt und der Rest kommt von der Regierung.

76.Antw.: Einige Funktionäre werden vom Kongreß, d.h. von Studenten gewählt, einige helfen als Sekretäre usw. und werden dafür bezahlt. Wir haben aber keine Fulltime-Jobs und kein Gehalt. Die Wahlen erfolgen nicht direkt sondern auf zwei Ebenen. Bei den Funktionären sind die klassischen Studien gegenüber Medizin oder technischen Fächern überrepräsentiert, bei den klassischen Fächern sind Jura, Geistes- und Naturwissenschaften gleichermaßen vertreten.

77.Antw.: Es gibt wieder verschiedene Ebenen: Auf die Regierung haben wir über Verhandlungen Einfluß, früher hatten wir einfluß durch dagegensein, heute werden wir beteiligt und haben Kraft durch Teilnahme. Lokal ist das noch wichtiger - die Profs. können ohne die Syndikate keine Mehrheiten mehr haben.

78.Antw.: Beispielsweise haben wir bei der Neugestaltung des ersten Studienzykluses eine wichtige Rolle gespielt. Wir haben versucht durchzusetzen, daß Stipendien auch nach einer verhaunenen Prüfung weitergezahlt werden; das hat leider nicht geklappt. Und wir arbeiten gegen numerus clausus, gegen Aufnahmeprüfungen. In einer Uni - Paris VII - haben wir das schon geschafft.

79.Antw.: Die UNI ist kein Studentensyndikat sondern eine rechte politische Vereinigung an der Uni, die CELF hat keine und die CORPO keine nationale Bedeutung, ist aber eine zusätzliche Konkurrenz bei den Wahlen zur CROUS. Die einzige wirkliche Konkurrenz ist die UNEF. (**710.** Diese Frage hatte ich völlig vergessen.)

711.Antw.: Es gibt große Probleme mit den Ausländern, z.B. Marokkanern oder Tunesiern, und dem Papierkram, den sie für eine Einschreibung brauchen. Viele kommen deshalb illegal, über Touristensvisa. Wir kümmern uns um Einschreibungen, besorgen Unterlagen und Visa und arbeiten auch an längerfristigen Vorhaben, um eine Einschreibung für alle zu ermöglichen. Dazu arbeiten wir in einer nationalen Kommission mit, verhandeln mit dem Bildungsministerium, haben mit der UNEF eine Aktion !SOS!-Rassismus gemacht ...

712.Antw.: Der Staat sollte mehr Geld für die Unis bereitstellen. Natürlich können auch Unternehmen geben, aber Einfluß auf Forschungsgegenstand nehmen sollen sie deshalb nicht. **UNAUF:** ?Wie das? Die UNEF schlägt weitere Steuern vor ...

Antw.: Das ist Unsinn - Steuern zahlen ja ohnehin alle. Entweder man erhöht die oder man führt eine Art freiwilliger Forschungssteuer ein, das würde auch das Image der Firmen heben, die sich beteiligen.

UNAUF: ?Und die Militärforschung?

Antw.: Die Militärforschung hat beim Aufbau der Forschungsinstitute an der Uni geholfen, aber inzwischen bindet sie viel mehr Geld und Leute, als sie bringt. Heutzutage hat Militärforschung an der Uni nichts mehr zu suchen.

713.Antw.: Es gibt gute Seiten - seit 1986 wurde viel auf der sozialen Strecke getan, neue Gebäude gebaut - und weniger gute - das Wesentliche sind immer Geldsorgen, dazu kommen die zweifelhaften pädagogischen Reformen der letzten Jahre und das Problem der Elite-Universitäten. Auch in der Lehrerausbildung gibt es Probleme: Die Lehrer wissen zu viel aber können nicht lehren. Im Ganzen stimmen wir mit den Projekten der Regierung überein, aber nicht mit dem, was gegenwärtig getan wird.

MAO-MARX PENINOU ist 23 Jahre alt, studiert Geschichte und ist seit viereinhalb Jahren in der UNEF-ID, seit dreieinhalb Jahren aktiv. NICOLAS DELESQUE ist 26 Jahre alt, studiert Kommunikationswissenschaften, nebenbei Politik und Soziologie, ist seit sechs Jahren Mitglied, seit fünf Jahren aktiv und seit zwei Monaten Präsident der UNEF-ID. Vorher hatte er sich um die landesweite Koordinierung der UNEF-ID gekümmert. Beide sind parteilos.

Das Fazit

Eine Studentenvertretung ist notwendig, doch engagieren will sich keiner. Die Studenten sind uninteressiert an der Umsetzung, an der Ausgestaltung eigener politischer Freiräume, wo es sie noch gibt, sie gestalten lieber ihre Karriere, ihr Wohnung oder ähnliches. Allenfalls noch wählen gehen, eigentlich nichtmal das oder mit einem überlegen-ironischen Zug um die Lippen. Das bekannte FDJ-Prinzip: Verantwortliche wählen und dann alle Arbeit an sie delegieren. Die Gewählten, gekauft mit der Verantwortung des demokratisch legitimierten Mandates, laufen sich heiß und sind doch allein auf weiter Flur. Wo sie nicht allein sind, machen sie sich gegenseitig im unausgesprochenen Namen der Parteien das Leben schwer, wie die UNEF's mit und ohne ID, anstatt gemeinsam das jeweils Vernünftigste zu tun. Parteienpolitik, Fraktionszwänge sind im 20. Jahrhundert offensichtliche Anachronismen - daß zur Zeit kein System existiert, das besser funktioniert, bedeutet nicht, daß das vorliegende optimal ist. Schließlich ist es auch nicht das non plus ultra, eine Schraube mit einem Hammer in die Wand zu schlagen, nur weil es mit einer Säge noch schlechter geht. Nun ja, diese gesetzlich zugelassene oder gar wie in der Bundesrepublik geforderte Wiederholung des politischen Geschehens an der GPDB auch in den Universitäten ist das geeignete Mittel, die alberne

Seite der parlamentarischen Demokratie zu zeigen. Vielleicht steht dieses Sache in einigen Ländern sogar in einem geheimen Förderplan für studentisches Desinteresse und wird verdeckt finanziell unterstützt? Wer weiß.

Ich jedenfalls kann mich für das französische eben so wenig erwärmen wie für

das altbundesdeutsche AStA-System, erzeugen beide doch im Wesentlichen neben einigen späteren Parteifunktionären oder völlig überdrehten Extrem-Aktionisten nur ein immer größer werdendes Heer überwiegend fachlich orientierter Karriereisten. **Stecher**



Nicolas Delesque, (UNEF-ID)

Fotos: S. Deutscher

Erklärungen zu "Die vier Syndikate ..."

CELLF: Collectif des Etudiants de

France - Studentenschaft Frankreichs

CNOUS: Centre National des Oeuvres

Universitaires Scolaires - National-

zentrum für Uni- und Schülerwerke

CORPO: Corporation

CROUS: Centre Régional des Oeuvres

Universitaires Scolaires -

Regionalzentrum für Uni- und

Schülerwerke

ENS: Ecole normale supérieure, so'ne

Art Eliteschule anstelle der Universität,

guter Karrierebooster

Gaullisten: ist eine Bezeichnung für

eine politische Bewegung (mitte-

rechts), die für eine starke

Präsidentenmacht in Frankreich eintritt

und von der Politik des Général

DeGaulle schwärmt (nach dem Krieg

frz. Präsident bis 1968)

GUD: Groupe Union Défense - Gruppe

Vereinigung Verteidigung

JOXE, PIERRE, sein Nachfolger, links

angesiedelt, wegen des Golfkrieges

zurückgetreten

PASQUA, CHARLES frz. Innenminister

von 1986-88, rechts angesiedelt;

PC: Parti Communiste

RPR: Rassemblement pour la république

SNES: Syndicat national de

l'enseignement supérieur - die

Lehrergewerkschaft in Frankreich

UDF: Union pour la démocratie

française, Partei am rechten Flügel,

Union für die Demokratie in Frankreich

UDR: Union pour la défense de la

république: Partei am rechten Flügel,

Union für die Verteidigung der

Republik

UNEF-ID: Union des Etudiants de

France - Indépendante et Démocratique

- Vereinigung der frz. Studenten-Unab-

hängig und demokratisch

UNEF: Union des Etudiants de France

- Vereinigung der frz. Studenten

UNI: Union Nationale Interuniversitaire

- Nationale interuniversitäre Ver-

einigung

Information oder Manipulation?

Die dritte Welt in unseren Medien -

Analyse und Auswertung der Ber-

ichterstattung

5.11.,20 Uhr: Analyse der Bericht-

erstattung über den Golfkrieg

12.11.,20Uhr:Einführung in die

Strukturanalyse von Medienanaly-

sen

19.11.,20Uhr: Analyse der Bericht-

erstattung eines aktuellen

Themas in den Printmedien (Vor-

schläge: kubanischer Sozialismus,

brasilianischer Regenwald, südafri-

kanische Reformen)

26.11.,20 Uhr: Analyse desselben

in den elektronischen Medien

Ort: BAOBAB

Infoladen Eine Welt e.V., Winsstr.

53, O-1055 Berlin, Tel: 4369451

Mit Mythen und Vorurteilen in

unseren eurozentrisch verbildeten

Köpfen nehmen wir die wenigen

Informationen unserer Medien über

die sogenannte 3.Welt auf. Beim

Seminar soll an konkreten Beispielen

deutlich werden, worauf Medien-

berichterstattung ganz bewußt

zurückgreift, um mit Nachrichten

Meinung zu machen.

Studentenzeitungen im Vergleich

S(s)N und UnAUF aus der Sicht der französischen Chefinnen

„Sorbonne Nouvelles“, ein etwas konventioneller Name. Doch Ihr werdet ihn schon verstanden haben: Es handelt sich um eine Studentenzeitung, von und für Studenten geschrieben.

Sie wendet sich an die Pariser Universitäten (nicht an alle, nur an Paris I, III, IV und V), aber auch an die nichtstudentische Gesellschaft (schließlich gehören alle Studenten, egal wo sie sich befinden, doch der Gesellschaft an!). Dabei wird nicht nur über Frankreich informiert, sondern auch über das Ausland: Eine Doppelnummer, die von zwei Redaktionen verfaßt und unterschrieben ist (wie gerade jetzt mit UnAUFGEFORDERT) und die sowohl hier als auch dort gleichzeitig veröffentlicht wird, ist keine Neuheit. Das haben wir schon mit „Sio itur ad astra“ aus Budapest 1990 gemacht.

S(s)N erschien zum ersten Mal im November 86, als die Studenten gegen die Gesetzesvorlage von Devaquet, die die Uni privatisieren wollte (also noch elitärer als jetzt), demonstriert haben. Damals war S(s)N bloß ein Käseblatt, das als Verbindungsblatt zwischen den Streikenden dienen sollte. Seitdem hat sie in der nichtprofessionellen Pressewelt von sich Reden machen, indem sie 1990 den Preis „CEP-Presse de la Cité de la Vilette“ und beim Pressewettbewerb von Poitiers 1991 den zweiten Preis gewann.

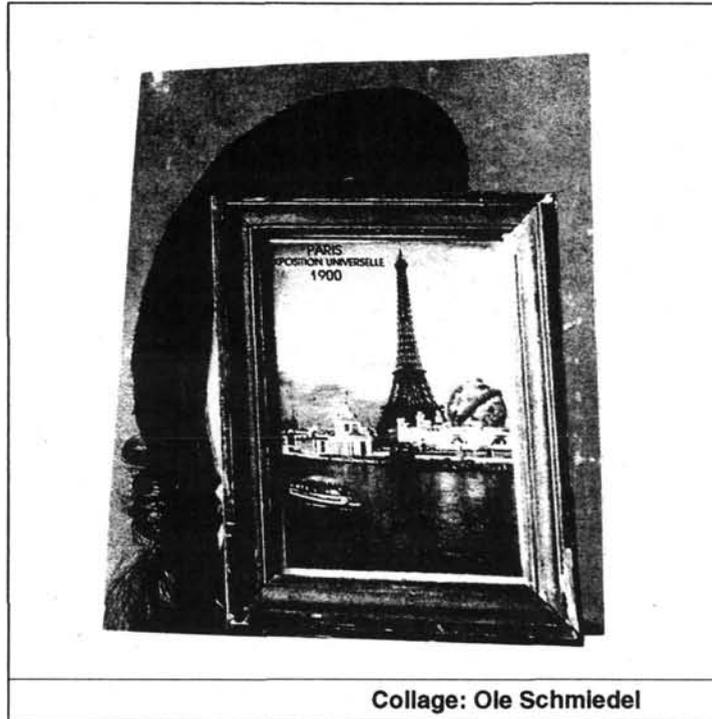
Heute besteht die Redaktion, deren Schlüsselpositionen von Frauen besetzt sind, nur aus Studenten. Die Mitarbeit ist freiwillig und die Gruppe politisch gemischt.

Wichtig ist, daß S(s)N eine unabhängige Zeitung ist, das heißt von keiner Universität und keiner Studentenorganisation oder anderen finanziert wird. Die Redaktion fällt diese Entscheidung, obwohl es an Angeboten nicht mangelte (Die UNEF-ID beispielsweise bekam einen Korb).

Da die von dem Presseorganisationen geforderten Preise für die Verteilung in den Kiosken von Anfang an alle Zeitungen mit kleinem

Etat ausschließen (Es lebe die Pressefreiheit!), verteilen wir S(s)N auf der offenen Straße im Quartier Latin. Trotzdem können wir Euch (und auch uns) ab und zu einen Einband

schen hat die paritätische Verwaltung der Uni in Frage gestellt, die die Studenten von der sterbenden kommunistischen Regierung bekommen hatten. Und heute ist die Uni



Collage: Ole Schmedel

aus Glanzpapier schenken.

Nicht wie UnAUFGEFORDERT (was für ein komischer Name für eine Zeitung!). Aus unseren ungenauen Kenntnissen - aber wer kennt sich da schon aus - bedeutet es als Adjektiv „das, wozu nicht aufgefordert wird“ und als Adverb „ohne dazu aufgefordert zu sein“ (wozu fragt man sich?). Die Berliner Frauen haben sich wohl dabei eben unaufgefordert gefühlt. Sie sind alle, bis auf eine, von der Redaktion weggelaufen. Trotz alledem ist UnAUF die Studentenzeitung der Humboldt-Universität. Wie S(s)N wurde sie in einer Zeit der Krise geboren, kurz vor dem Mauerfall im November 89. Seitdem ist sie ein Informationsort und Reflexionsforum über die Probleme der viel zu schnellen und brutalen Integration der DDR in den kapitalistischen Westen.

Wie man sich denken kann, fehlt es nicht an Themen: Der gewollte und erlebte Anschluß der Ostdeut-

von der neuen politischen Macht abhängig (siehe Artikel über die Abwicklung). Die Anzahl der ausländischen Studenten muß stark reduziert werden.

Andere Themen, die die gesamte Gesellschaft betreffen. Massive Entlassungen, veranlaßt von den neuen westlichen Chafs, bestrafen vor allem Frauen, die plötzlich als „Unsicherheitsfaktoren“ abgestempelt wurden (diese produktivistische Sicht kennen wir auch bei uns sehr gut). Auch die Ökologie ist ein Thema der UnAUF.

Reicher als S(s)N besitzt UnAUF einen Kopierer [schön wärs, saetsar], der ein Geschenk von Alice Schwarzer in den Anfangstagen der Zeitung war. Die UnAUF verfügt über einen eigenen Raum, die Erlaubnis UnAUF an Kiosken zu verkaufen und eine vollangestellte Sekretärin [und ein eigenes Flugzeug, eine Druckerei, 1000 Computer usw., Bezaa]. Anne Souyris Übersetzung: Isabell Nicolas

Zurück aus Berlin

Von Budapest aus fuhr ich nach Berlin. Bratislava, Prag, Terezin, Dresden. Der Weg nach Berlin besteht aus Reiserouten von Rück Erinnerungen an ein immer noch anwesendes europäisches Gedächtnis, die manchmal schmerzhaft sind. Terezin-Theresienstadt, eine Stadt mit einem Lager; Dresden und sein in einer ostdeutschen Rauchwolke verschwommener Beton. Zwei Wirklichkeiten, die in ein geschichtliches Gestern zurückgeschickt worden zu sein scheinen.

Dann Berlin-Hauptstadt... Ich bin durch diese Stadt gegangen, ohne je zu finden, was ich dort suchte. Eine Stadt, die zugleich unwirklich und doch zu wirklich ist, die mit zu viel Vergangenheit belastet ist: Unter den Linden, Brandenburger Tor, und die Mauer, von der die Gemeinde einige Fragmente für die Touristen vom Check Point Charlie zu erhalten versucht.

Ich bin auf ihren Straßen und Alleen gelaufen, wobei ich nach ihrem „Sinn“, ihrer „Vernunft“ suchte. [Schwurbel, SÄdsehr] Aber im Gefüge der Dinge fand ich nur eine Reihe von nebeneinandergestellten Zufällen (Vgl. Ingeborg Bachmann, „Berlin, ein Ort für Zufälle“, in „Essays, Reden und kleinere Schriften“, Fischer Verlag).

Ich bin lange durch Wannsee gewandert. Wannsee, das ich mir vorher nie als Ort für sonntägliche Spaziergänge vorstellen konnte, sondern nur als Ort der dort beschlossenen Greuel.

Und diese Mauer, die mich bis heute nicht zu rühren vermag, trotz all meiner Bemühungen. Die Teilung war schmerzhaft, aber dem gegenüber bleibt die Konferenz in Wannsee 1942. Gegenüber der Mauer gibt es die Paraden Unter den Linden, deren unerträgliche Klänge echoartig zu mir kommen, mehr als fünfzig Jahre später, an jeder Straßenkreuzung, auf jeder Fassade, an jedem Hochhausblock.

B.F.K.
(Übersetzung: L.R.)

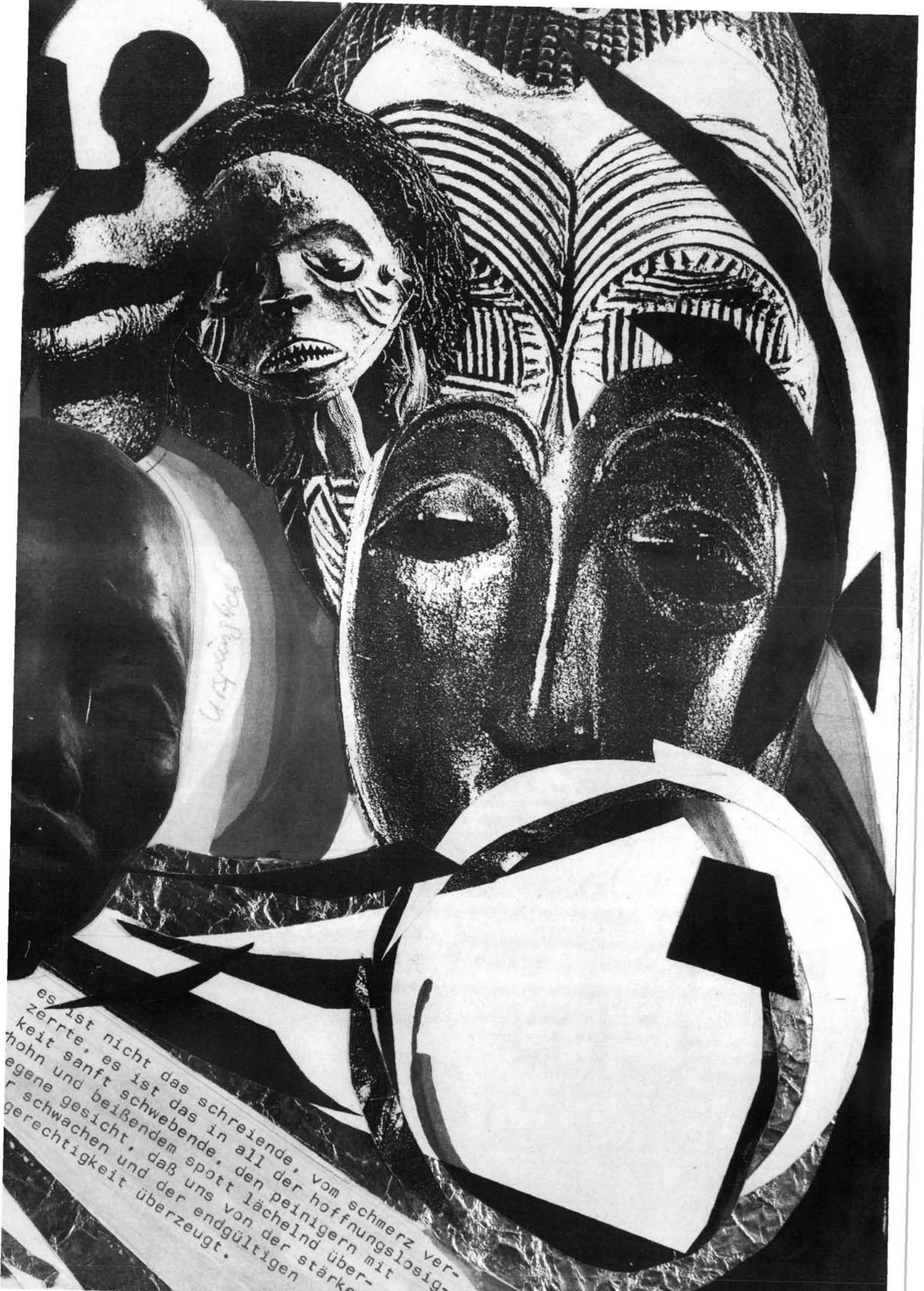


Trauer und Schmerz
doch ewig die nimmer endende
Zuversicht

Qual
Leiden
Schlammige
Feuchigkeit und
und
schafft
Erde
Schwere

ein jegliches hat
seine zeit, und
alles vorhaben
unter dem himmel hat seine
stunde

0000



U. Springler

es ist nicht das schreiende, vom schmerz verzerrte, es ist das in all der hoffnungslosigkeit sanft schwebende, den peinigern mit hohn und beißendem spott lächelnd überlegene gesicht, daß uns von der stärkeren schwachen und der endgültigen ungerechtigkeit überzeugt.

Am heimischen Herd verkocht

Emanzipation in der DDR

Wenn jemand über die Situation der Frau in der DDR schreibt, kommt er - oder sie - nicht an einem Problem vorbei, das sich als ein Grundproblem des DDR-Systems erweist: Die Diskrepanz zwischen öffentlich propagiertem und tatsächlich Realisiertem. Eine Kluft, die mit den Jahren zunahm.

Die Verfassung der DDR schrieb die Gleichstellung von Mann und Frau fest, das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und das auf Arbeit überhaupt. Gearbeitet haben neunzig Prozent aller Frauen. Damit war ein Ansatz für die wirkliche Gleichstellung von Mann und Frau gegeben; eine Voraussetzung ihre für ökonomische und soziale Unabhängigkeit. Auch konnten Frauen eine Vielzahl von sozialen Leistungen in Anspruch nehmen, die es ihnen ermöglichten, Berufstätigkeit und Mutterschaft miteinander zu vereinbaren. Dazu gehörte unter anderem ein umfangreiches Netz von Einrichtungen zur Kinderbetreuung mit Krippen, Kindergärten, Schulhort usw. Die Kosten dafür waren minimal. Bezahlte Freistellungen wurden z.B. gewährt für Schwangerschafts- und Wochenurlaub, für das "Babyjahr"- bis zum Ende des ersten Lebensjahres des Kindes. In dieser Zeit genoß die Frau Kündigungsschutz. Staatliche Geburtenbeihilfen etwa in Höhe eines durchschnittlichen Monatseinkommens, Kindergeld und monatlich einen bezahlten Haushaltstag für Mütter wurden eingeführt. Für Frauen mit zwei oder mehr Kindern gab es die 40-Stunden-Arbeitswoche ohne Lohnminderung.

Diese sozialen Maßnahmen waren für Frauen in der DDR Selbstverständlichkeiten, offizielle "Geschenke", die sie sich nicht erringen mußten. Gleichfalls zielten sie darauf, die Geburtenrate zu erhöhen. Die Rolle der Frau auch als Mutter wurde somit gefestigt. Die Sozialpolitik der DDR - gestützt durch enorme staatliche Subventionen - war aber beispielsweise auch gekennzeichnet durch niedrige Verkehrstarife und geringe Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten oder Kinderbekleidung sowie eine kostenlose Betreuung durch das Gesundheitswesen.

Dieses soziale Netz war der Stolz der DDR und wurde zum politischen Aushängeschild. Eine Grundlage, auf der aufbauend man in den 70er Jahren offiziell verkünden konnte: Das Frauenproblem ist gelöst, die Gleichberechtigung von Mann und Frau hergestellt. Dieses "Emanzipationskonzept" konnte greifen, denn auf den ersten Blick schien es zu stimmen.

Es gab auch keine öffentlichen soziologischen Untersuchungen, die hätten beweisen können, daß die Frau in vielen Bereichen noch immer die Benachteiligte war. So arbeiteten sechzig Prozent der berufstätigen Frauen im Dienstleistungs- oder Sozialwesen. Typisch weibliche Arbeitsgebiete auch in der DDR, die schlechter bezahlt waren. Bei gleicher Arbeit von Frau und Mann verdiente sie meistens weniger, vor allem in der Industrie. Ihre Arbeitsplätze waren vielfach durch monotone Tätigkeiten und geringe Verantwortlichkeiten gekennzeichnet. In Leitungsfunktionen bewegten sich Frauen fast ausschließlich auf den untersten Ebenen. Und - was sich eklatant bemerkbar machte - sie verfügten über ein wesentlich geringeres Freizeitbudget als die Männer. Sie war in der Regel für die häuslichen Arbeiten zuständig, das hieß, ca. achtunddreißig Stunden in der Woche zusätzlich auf den Beinen¹. Eine Ursache für diesen enormen Mehraufwand war die mangelhafte Versorgungslage. Die Frau blieb auch vorwiegend für die Erziehung der Kinder zuständig. Das traditionelle Rollenverhältnis in der Familie wurde weitergeführt, von Elternverantwortung öffentlich nicht gesprochen.

Damit ergab sich eine beträchtliche Mehrfachbelastung für die Frau: volle Berufstätigkeit, Kindererziehung, Hausarbeit für die Familie und bei Engagierteren noch der Anspruch, gesellschaftlich aktiv zu werden. Dies alles konnte kaum in ausreichendem Umfang bewältigt werden, auftretende Probleme wurden meist als persönliches Versagen empfunden. Zeit und Kraft, eigene Wünsche zu realisieren, blieben dabei auf der Strecke.

In den achtziger Jahren wurde es dann deutlicher, daß etwas nicht

stimmen konnte mit den offiziell propagierten Werten. Doch kritisches Hinterfragen war selten zu finden. Öffentlich hätte ein Infragestellen der Frauenpolitik zugleich ein Infragestellen des DDR-Systems bedeutet. Und das war tabu. Angebote engagierter Frauen zu Diskussion und Veränderung wurden von offizieller Seite abgelehnt. Die Errichtung von Frauenhäusern beispielsweise hätte das Eingestehen von Gewalt gegen Frauen bedeutet. Das jedoch wurde negiert und - was noch schlimmer ist - bewußt verschwiegen.



Semper idem Foto: Kracheel

Neue Frauen braucht das Land

Eine Frauenbewegung - wie sie Westeuropa erlebte - konnte unter DDR-Bedingungen nicht entstehen. Trotzdem gingen im Herbst 1989 auch Tausende von Frauen auf die Straße. Sie ergriffen die Chance, mit eigenen Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Erneuerung der Gesellschaft sollte nicht an ihnen vorbeigehen.

Frauenforscherinnen, Lesben, kirchliche Frauengruppen, alleinerziehende Mütter - sie und viele andere meldeten sich zu Wort, organisierten Aktionen und formulierten politische Programme. Frauen aus der gesamten DDR fanden sich im Dezember 1989 zusammen, um den Unabhängigen Frauenverband (UFV) zu gründen.

Gemeinsam mit den Grünen stellten sie sich der Wahl im März 1990. Das Ergebnis war mehr als ernüch-

ternd: 2,7% der Stimmen, damit erhielten sie nicht einen Sitz in der Volkskammer. Im Gegensatz dazu wählten 46% der wahlberechtigten Frauen die konservative "Allianz für Deutschland"². Dieses Wahlergebnis läßt einige Schlüsse über die derzeitige Situation der Frauen zu. Ganz offensichtlich hatte der Frauenverband nicht den Nerv der Mehrheit der DDR-Frauen getroffen. Die Gründe hierfür scheinen zahlreich und können in diesem Beitrag nicht voll analysiert werden. Deutlich jedoch ist, viele Frauen aus der DDR können mit frauenemanzipatorischen Vorstellungen nichts anfangen. Sie stehen ihnen sogar ablehnend gegenüber. Sie sind nicht sensibilisiert für diese Thematik. Feministische Gedanken werden als fremd empfunden, denn über Jahrzehnte hinweg wurde die Öffentlichkeit damit nicht konfrontiert. Somit konnte sich die Mehrheit der Frauen nicht mit dem UFV identifizieren, es fehlten Leitbilder. Die von den überwiegend intellektuellen Frauen angesprochenen Probleme waren scheinbar nicht die eigenen.

Zugleich zeigte das Wahlergebnis aber auch, daß einer Frauenbewegung keine große Chance in der Durchsetzung politischer Forderungen eingeräumt wird. Bis heute ist vielen nicht bewußt, daß auch Frauen eine gesellschaftliche Kraft darstellen. Es fehlt das Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit. Das aber ist notwendig. Denn gerade Frauen sind es, die vom Umbruchprozeß am meisten betroffen sind. Sie sind die ersten, die ihre Arbeit verlieren. Der Abbau der bisher als selbstverständlich empfundenen Leistungen der DDR wirkt sich vor allem im Leben der Frau aus.

Bisher geltende Grundrechte müssen wieder neu erkämpft werden. Nicht zuletzt zeigt sich dies in der Auseinandersetzung um den Paragraphen 218. Das Infragestellen des bisher in der DDR möglichen und kostenlosen Schwangerschaftsabbruches stößt auf wachsendes Unverständnis.

Die Erfahrungen, die Frauen in diesen Auseinandersetzungen sammeln, sind neu - und in der Regel negativ. Und doch ergibt sich daraus die Hoffnung, daß immer mehr Frauen "wachgerüttelt" werden und lernen, ihre ureigensten Interessen zu verteidigen.

K.P.

¹Die allgemeine Arbeitszeit betrug 43 1/2 Stunden.
²zeitweiliger Zusammenschluß von CDU, DSU, DA

Mutterliebe stützend, kämpft sie um ihr Überleben inmitten eines zerrissenen Landes. Die Realisatorinnen haben weitgehend an der Strömung der Vergangenheitsbewältigung teilgenommen. Der militante Feminismus fordert "eine andere Schöpfungsfähigkeit als diejenige, die nur Ruinen zu produzieren weiß".

Stücke zuckenden Lebens

Folgender Gedanke war ein Bestandteil des ostdeutschen Kinos: Der Antifaschismus ermöglicht, die im westlichen Film zum Ausdruck kommende grundsätzliche Schuld auszulöschen. William Staudte, der 1946 den ersten Nachkriegsfilm realisierte, *Die Mörder sind unter uns*, drückte die Verwirrung eines Bürgertums aus, das sich nicht in die Mörder einfühlte. Staudte aber setzte sich im Westen nieder und gab die Thematik der Auslöschung des Nazismus auf.

Im Osten nahm der Film *Belehrung in Kauf*: Nach dem erstmaligen *Das Kaninchen bin ich* widmete sich Kurt Maetzig den positiven Helden wie Ernst Thälmann, der Seele der Hamburger Kommune von 1923 (1923 fanden in Berlin, Hamburg und Bremen marxistisch geprägte revolutionäre Aufstände statt), 1944 in Auschwitz ermordet.

Alle vielversprechenden Realisatoren/innen der unmittelbaren Nachkriegszeit wandten sich zu einem belehrenden Akademismus, der der "revanchistischen" BRD den Sozialismus entgegenstellte. Frank Beyer, der zuerst die relative Äußerungsfreiheit des ostdeutschen Kinos benutzte, wurde zweimal zensuriert, und wandte sich dem Fernsehen und Dokumentarfilm zu. Im Osten war diese Dokumentarfilmschule bedeutend: Für diese einzige Abteilung zählte die DEFA (Vgl. eingerahmter Artikel) 85 besoldete Realisatoren/innen. Vor dem 8. November 1989 war die Filmübertragung dieser Stücke zuckenden Lebens unproblematisch: Ein erster Teil, der in den Kinos obligatorisch war, gewährleistete ihnen ein Publikum. Im Gegensatz zum westeuropäischen Film, in dem die Fiktion eine wichtige Rolle spielt, haben nun im Osten die Dokumentarfilmrealisator/innen die Wirklichkeit ihres Landes am besten gefilmt, indem sie mit der Zensur spielten. In Frankreich wurden sie erst 1990

entdeckt, als der Fernsehkanal "La SEPT" dem neuen Deutschland und Regisseuren/innen wie Wingfried Junge, Volker Koepp, Jürgen Böttcher oder Helke Misselwitz einen Sendungszyklus widmete.

Heute, nach der 33. Leipziger Dokumentarfilmveranstaltung fügt sich der beängstigten Befragung der Künstler/innen über die Zukunft ihres Landes eine Nachforschung über die Vergangenheit an. Filme wie *Was ist aus denjenigen der Opposition in der DDR geworden?* oder *Verriegelte Zeit* von Sibylle Schönemann sind das Zeichen des Übergangs zwischen einer notwendigen Katharsis und der dritten Generation der deutschen Realisatoren/innen, die sich zur Komödie wenden, wenn sie auch meist bitter ist. Sibylle Schönemann hat die Akte ihrer Festnahme durch die STASI geöffnet und ihre ehemaligen Folterer getroffen, die Beamten der Unterdrückung. Die Realisatorin, die heute in Hamburg lebt, hat diese "Trauerarbeit" für alle Filmemacher ihrer Generation unternommen. Mit Bitterkeit tat sie im Dezember 1990 der französischen Zeitung "Libération" kund: "Ich bin glücklich, daß ich mich nicht verkauft habe, aber wie können diejenigen, die geblieben sind, behaupten, daß sie dabei Mut bewiesen?" Es stimmt jedoch, daß nicht alle Filmemacher, die an den Sozialismus glaubten, korrupt waren. Und heute erleidet jede/r von ihnen die düsteren wirtschaftlichen Aussichten des deutschen Kinos.

Letzte Welle

Im Westen tauchte mit Wim Wenders eine Thematik der Evasion [lat. Entweichung, seza] auf. Wenders gibt uns die nach der Zerstückelung Deutschlands unmögliche Suche nach einer nicht vorhandenen Identität zu sehen. Je nach ihren Begegnungen irren all seine Gestalten durch nichtbedeutende Landschaften auf der Suche nach einer Rührung umher. Die "falschen Bewegungen" bestimmen das Gestikulieren der in der materialistischen Kultur verirrt Wendersschen Menschen - Bilderranhäufung von Neonlichtern und Motels, in Deutschland wie in den Vereinigten Staaten. Der Held von *Im Lauf der Zeit* betont: "Amerika hat unser Unterbewußtsein kolonisiert." Und der Polaroidjournalist

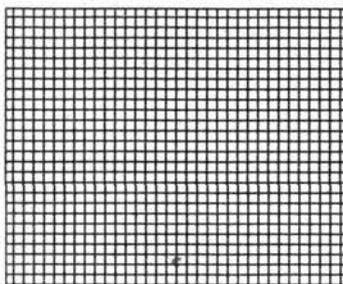
von *Alice in den Städten* lebt mit diesem unerträglichen Bewußtsein des Heimatlosseins.

Zur Zeit wird dieses enttäuschte Akkulturationskino anders: Die jungen Realisateure/innen erwähnen das Unbehagen in den Städten, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Außenseiter und die Gewalttätigkeit. Aber der Ton ist verschieden: weniger Hieratismus [?, d.s.], mehr Phantasie und Farbe für eine Generation, die jede Schulbezeichnung abweist. 1981 in Cannes lenkte *Desperado City* von Vadim Glowna wegen seiner Fähigkeit, mit den "Schlüsseln" des amerikanischen Gruselfilms zu spielen, die Aufmerksamkeit auf sich. 1982 erneuert Percy Adlon mit dem heimatlosen *Out of Rosenheim* die Themen: Sogar der Humor scheint, zum Glossar dieser neuen Bilder zu gehören, wenn sie auch kaum germanisiert sind. *Peppermint Frieden* von Marianne Rosenbaum gehört zum selben Entkrampfungstrend.

Schöpfungsfähigkeit versus Glücklichkeit. Lotte Eisners manichäische Auffassung verurteilt die deutschen Realisatoren/innen zur Schwere des Unglücks, als ob es in der Sorglosigkeit und dem Leichtsinn keine Kunst geben würde. Die deutschen Filme der Nachkriegszeit und der Teilung sehen schuldbelasteten Strafarbeiten ähnlich. Die germanische Kultur bleibt vom deterministischen Gedanken, einem bedeutenden Bestandteil ihrer philosophischen Geschichte, geprägt. Für manche ihrer Überläufer hat die Öffnung nach Europa und den Vereinigten Staaten ein Kino verändert, das zu lange unglücklich, wenn nicht masochistisch gewesen war. Die aktuellen Trends lassen eine Entgegensetzung beider Themenkreise spüren. Einerseits ein Kino der Wahrheit, dessen Beschäftigung ist, über seine neue Identität nachzudenken. Andererseits ein Kino der Fiktion, das genauso schöpferisch wie das andere ist und wohl weniger schwerfällig belehrend.

Christelle Destombes

(Ü: Laurent Szmatorzer)



Mehr Stip möglich ...

Prof. Berchem, Präsident des DAAD, am 7. 10. 91 in einer Pressekonferenz an der TU Berlin:

Mehr Stipendien, insbesondere für Studenten und Graduierte der neuen Bundesländer, sind im Rahmen der DAAD-Förderung möglich. Das gilt damit natürlich auch für unsere Studenten und jungen Nachwuchswissenschaftler.

Erfreute sich das Sonderprogramm für kurzfristige Sprachaufenthalte in der vergangenen Sommerpause speziell der Nachfrage bei den Humboldtianern nun eine gute Nachricht für all jene, die zu spät kamen oder nicht zu den auserwählten zählten: 1992 soll es erneut ein derartiges Programm für die neuen Bundesländer geben. Die Ausschreibungen sind im Frühjahr 1992/93 zu erwarten. Das Auslandsamt wird rechtzeitig informieren.

Jetzt allerdings stehen erst einmal die Bewerbungsfristen für Jahresstipendien ins Haus! Es gilt also: Heute zugreifen, wer morgen reisen will!

Bisher liegen der DAAD-Zentrale in Bonn nur eine geringe Anzahl von Anträgen vor. Die Chancen stehen also gut. Nutzt noch die vorhandene Zeit für Eure Bewerbungen. Der Count down läuft. Ende Oktober laufen die ersten Ausschreibungs- und Bewerbungsfristen für Jahresstipendien aus.

Gute Chancen besitzen ebenfalls Graduierte. Der DAAD vergibt ab sofort Stipendien für promovierte Nachwuchswissenschaftler zum Zwecke der wissenschaftlichen Fortbildung im Ausland. Stipendien stehen allen Bewerbern aller Fachrichtungen offen. Einzige Bedingungen: Die Bewerber dürfen nicht älter als 38 Jahre sein und die Promotion A sollte nicht länger als fünf Jahre zurückliegen. Die Stipendienhöhe wird mit einem Grundbetrag von 2250,-DM angesetzt.

Weitere Informationen erteilt das Akademische Auslandsamt Hauptgebäude Zimmer 2079, Frau Stein, Telefon 2093 2139. Noch eins:

Weitersagen ist erlaubt. . . !

Gewitter am Forschungshimmel

Zur Abwicklung der Forschungsstudenten

Stell dir vor, du bist ForschungsstudentIn oder AspirantIn. Du heißt vielleicht Ralf, Ina oder Matthias. Du arbeitest an einem wissenschaftlich top-aktuellen Projekt - was dir von Spezis auf diesem Gebiet bescheinigt wird - und wirst von der DFG sogar gefördert. Du hältst deinen Vortrag auf einer internationalen Konferenz und die Profs aus den Niederlanden oder Frankreich klopfen dir anerkennend auf die Schulter. In der Hoffnung - oder vielmehr mit dem Bewußtsein - alle Chancen zu haben, kehrst du zurück an die dir traute Uni, und entgegen fliegen dir die äußerst aussagekräftigen und vielversprechenden Zeilen des Berliner Senats, daß dein Projekt nicht zur Weiterförderung vorgeschlagen wurde und du deshalb ab November kein Geld mehr bekommst.

Tiefschlag. Nicht nur für Ralf aus der Mathematik, der mit zehn weiteren - von insgesamt 15 - eine Ablehnung erhalten hat. Und das in einem Fachbereich, der sich sehen lassen kann - sitzen hier doch gesammelt die Koryphäen der DDR auf dieser Strecke.

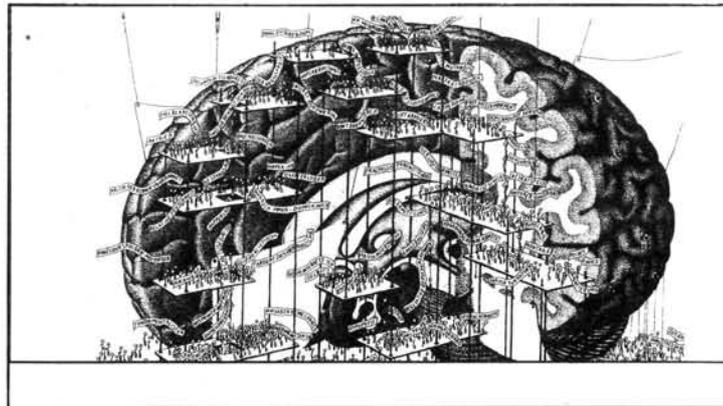
Ina ist Informatikerin. Sie, als eine der Besten bisher gefördert, Abitur an der Mathe-Spezi-Schule und Diplom mit Auszeichnung und dafür sogar den JOACHIM-TIBURTIUS-Preis (höchste Anerkennung für Berliner Nachwuchswissenschaftler) wurde negativ evaluiert. Ihre Forschungsarbeit begann sie im Diplomjahr, also noch vor Erlangung des Diploms - zu DDR-Uni-Verhältnissen keine Seltenheit, da ein intensiver Kontakt zwischen Betreuer und Betreutem üblich war. Für manchen westdeutschen Prof oder Politiker unverständlich, was ja auch bei dem anonymen Massen-Uni-Betrieb erklärlich. Aber woher dann die Arroganz, eigene Unzulänglichkeiten zu verallgemeinern und - noch eklatanter - damit von vornherein die Leistungen vieler Forschungsstudenten und Aspiranten infrage zu stellen?

Die Situation in der Informatik der HUB ist zur Zeit nicht gerade rosig. Aufgrund der Negativbescheide und des ewigen Hin-und-Her des Senats in Sachen wissenschaftlicher Nachwuchs hat sich die Mehrzahl der Forschungsstudenten nach Alternativen umgeschaut und arbeitet - ebenso Ina - zukünftig an einem

Graduiertenkolleg. Der bittere Nachgeschmack: Wichtige, fortgeschrittene Arbeitsprojekte sterben und mit ihnen das wissenschaftliche Niveau. Wie wäre die Konkurrenz besser auszuschalten?

Als demokratischer Nebeneffekt können die westdeutschen Unis dank der rübergetriebenen Abgewickelten ihre Doktorenproduktion und so die wissenschaftliche Reputation gegenüber der Zone weiter mehren. Genug Material für einen klassischen Zirkelschluß. Doch das nur nebenbei.

Matthias wiederum ist von der Chemie. Einer derjenigen, die zwei Bescheide nach der Evaluierung bekommen haben. Einen negativen mündlichen - ausgehend von einer Namensliste der NaFöG-Kommission, die jene Forschungsarbeiten bewertete und deren Ergebnisse an die Uni gingen sowie als Empfehlung an den politischen Senat. Der zweite Bescheid kam von dort, und schwarz auf weiß war zu lesen, daß die Arbeit weitergefördert wird. Die Senatsverwaltung traf also die entgültige Entscheidung, eine Verwaltung fällte ihr Urteil über akademische Angelegenheiten, ohne über-



haupt Gremien der Universität mit einzuschalten. Unzweideutig aber ist, daß es sich um ein Abkommen zwischen dieser und den Stipendiaten handelt. Damit wird ein Grundproblem deutlich: Hier wird eine Universität ihrer eigenen Rechte beraubt, sie wird entmündigt und mit ihr die Doktoren und Professoren für unfähig erklärt, die Arbeiten ihrer Studenten fachlich einschätzen zu können - was des öfteren auch in Presseerklärungen des Senats anklingt.

Es stinkt an allen Ecken. Angefangen bei der Rechtsgrundlage dieser

Evaluierung überhaupt: Es gab nämlich keine, denn der Beschluß lag erst am 10.10.91 dem Abgeordnetenhaus vor, als praktisch schon alles "abgegessen" war. Weiter gehts mit der Zusammensetzung der Begutachter-Kommission. Fünf Professoren der HUB wurden Anfang Juli erstmalig als Mitglieder dieser NaFöG-Kommission bestätigt, jedoch zur Evaluierung im August/September nicht hinzugezogen. Dafür aber andere, Nicht-Mitglieder. Insgesamt 18 Experten. Es herrschte Personalmangel.

Da wirkt selbst die Begründung lächerlich, die Humboldtianer wären erst ab Oktober offiziell im Amt. Auf die Frage im Kuratorium, wie denn in so kurzer Zeit eine exakte Bewertung der Forschungsarbeiten möglich war, d.h. ob auch wirklich zwei Gutachten über jedes der knapp 400 eingereichten Themen erstellt wurden, darauf erfolgte keine Antwort...

Bis heute kennt kein Stipendiat Gutachten oder Gutachter - Gründe für Ablehnungen, Vefahrensweisen müssen nach Meinung des Senats nicht offengelegt werden. Für ca. 50 Prozent der Forschungsstudenten und Aspiranten gibt es ab November kein Geld mehr. Damit versetzten die Demokraten nicht nur einer

Der Blitz hat eingeschlagen

Heimlich, still und leise ist es dem Senat gelungen, die Gruppe der Forschungsstudenten und Aspiranten an der HUB und den anderen Ostberliner Hochschulen abzuwickeln. Wie konnte es passieren, daß sich die Gruppe nicht zur gemeinsamen Rebellion gegen das Verfahren formierte, mußte doch jeder der knapp 700 Leute um die Weiterzahlung seines Stipendiums und damit um die finanzielle Existenzgrundlage fürchten?

Thema und Termine im Nacken haben wir friedlich, meist nebeneinander vor uns hingeforscht. Bis auf den Versuch, uns mit einem Sprecherrat zu etablieren, gab es nichts, was uns in die Lage versetzt hätte, gemeinsam auf kritische Situationen zu reagieren. Diese kritische Situation war spätestens erreicht, als man uns die Evaluierung androhte. Statt geschlossen auf eine Offenlegung der Rechtslage und der Evaluierungskriterien zu pochen, haben wir eifrig und pflichtbewußt unsere Evaluierungsseiten vollgeschrieben, haben Zeitpläne für unsere Vorhaben gezaubert, als ob die Forschung von drei Jahren monatlich planbar wäre und nicht zwischendurch mitunter neue interessante Fragen auftreten, die unbedingt mit rein müssen oder frühere Planungen in Frage stellen. Oder aber wir haben gleich den freiwilligen Rückzug in ein auswärtiges Graduiertenkolleg oder auf den Arbeitsmarkt vollzogen.

Nun also hat der Blitz eingeschlagen. Der große Teil der Evaluierten darf mit einer Ablehnung rechnen. Nun haben wir die letzte Chance, das Verfahren noch einmal aufzurollen, sowohl was die Rechtslage betrifft als auch die Art und Weise der Evaluierung. Wer nun die Ablehnung bekommt und an seiner angefangenen Promotion hängt, muß spätestens jetzt aufwachen und mithelfen, daß eine gemeinsame Rettungsaktion zustandekommt. Seien wir gespannt auf die Gutachten der NaFöG-Kommission, in denen man uns bestätigen müssen wird, wie überholt unsere Promotionsthemen sind oder wie unbefriedigend unsere bisherigen Ergebnisse sind. Wer sich ohne Gutachten rausschreiben läßt, der wird wohl auch in Zukunft eine leichte Beute unserer bürokratisch verdrehten Demokratie sein. **Ulf Rothkirch**

Leistungsspitze den entscheidenden Schlag, sondern sämtlichen Demokratiebestrebungen überhaupt.

Wir wissen nun endlich, wie man Demokratie buchstabiert: B-ü-r-o-k-r-a-t-i-e. Wird diese mit an Vorsätzlichkeit grenzender politischer Niedertracht gepaart, ist das laut ERHARDT "... erfreulich positive Ergebnis ..." kaum noch zu verhindern. Wenn, ja wenn da nicht die Klausel mit dem Vertrauensschutz im Einigungsvertrag wäre. Und Einzelklagen lassen den Rechtsstaat schließlich boomen. Es lebe die ABM! **K.P. & Stecher**

StudentInnen!

Der StudentInnenrat ist in Gefahr! Wenn wir uns nicht gemeinsam dafür einsetzen, daß der Rat bestehen bleibt, wird sich im neuen Jahr ein politischer allgemeiner Studentenausschuß (AStA) an der Universität etablieren, da sich die Landesregierung nicht bereit findet, die an der HUB bestehende und von der Mehrheit ihrer StudentInnen geschaffenen Form studentischer Selbstverwaltung zu akzeptieren. Der Rat ist nur noch bis zum Jahresende die vom Senat anerkannte Interessenvertretung für Eure Belange, da ihn das von Westberliner Politikern geschaffene Berliner Hochschulgesetz nicht vorsieht und er in dessen Erweiterung für die Ost-Berliner Hochschulen, dem bereits verabschiedeten Ergänzungsgesetz nicht auftaucht.

Aus diesem Grunde ruft Euch der Rat zu einer Urabstimmung auf. Warum wir meinen, daß der StudentInnenrat an der Universität bestehen bleiben soll, will ich im Folgenden darlegen:

Dazu muß zunächst der wesentliche Unterschied zwischen StudentInnenrat und AStA geklärt werden.

Der StudentInnenrat wird in direkter und geheimer Personenwahl von den StudentInnen in den einzelnen Fachbereichen gewählt, wobei die Fachbereiche oder gegebenenfalls Institute ihrer Größe entsprechend im Rat vertreten sind. Der AStA kommt durch eine politische Listenwahl an der Universität zustande. Er ist die Exekutive eines Studentenparlamentes, in dem sämtliche gewählte Listen einer Hochschule vertreten sind. Dieses StuPa tritt aber nur einmal im Jahr zusammen, wenn es um die Wahl des AStA geht, der den Mehrheitsverhältnissen im StuPa zufolge gebildet wird. Der AStA ist diesem Parlament nicht rechenschaftspflichtig, da mit Wahl des AStA auch die Programmatik der darin vertretenen Listen bestätigt ist.

Anders beim StudentInnenrat. Dieser ist eigentlich nicht in Legislative und Exekutive zu trennen, da alle Mitglieder des StuRa aktiv im Rat mitarbeiten sollen und da alle Organe des StuRa der öffentlichen Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig sind. Die Arbeit des Rates folgt keiner vornherein beschlossenen Programmatik und diktiert also

keiner Minderheit einen Mehrheitswillen. (von dem ist im Falle des AStA auch nicht zu sprechen, da sich an den Wahlen zumeist nur Minderheiten beteiligen.) Das Arbeitsprinzip des StuRa ist basisdemokratisch. Die Mitarbeit und die Einflußnahme der StudentInnenschaft diktiert sein Programm.

Es gibt vor allem zwei Gründe, aus denen wir uns für den Rat einsetzen. Diese Art studentischer Interessenvertretung ist das Resultat studentischer Emanzipationsbewegung an der Universität. In einer Urabstimmung am 10. November 1989 wird der StudentInnenrat an der HUB von der grossen Mehrheit aller an der Abstimmung beteiligten StudentInnen gegründet. Von 6897 abgegebenen Stimmen (Das waren etwa 60% der StudentInnenschaft) sprachen 6028 für den Rat. Dem waren die zum Teil illegalen Aktionen des ersten Rates an der Uni vorausgegangen. Mit dem Rat war die FDJ an der HUB entmachtet.

Wir werden es nicht einfach hinnehmen, daß man den Rat einfach aufhebt und anstatt dessen wieder eine politische Instanz installiert, egal welche Couleur diese auch immer haben wird.

Der Rat versteht sich als von der StudentInnenschaft geschaffenes Instrument ihrer Interessenvertretung. Für den Rat zu stimmen muß bedeuten, sich auch selbst für die eigenen Belange einzusetzen. Darin besteht auch da zweite Hauptanliegen unseres Aufrufes.

Ein solches Modell kann nur sinnvoll bestehen, wenn es durch die Arbeit und das Interesse aller getragen wird. Im Gegensatz zu einem StuPa, das sich nur im Zusammenhang mit dem Wahlkampf so richtig bemerkbar machen muß, lebt der Rat von Eurer Anteilnahme. Das solltet ihr wissen und auch wahrnehmen.

Abschließend will ich noch etwas zu der interuniversitären Bedeutung des StuRa an der HUB sagen. Zunächst einmal zu den Ländern der Alt-BRD. Viele der dort arbeitenden ASten suchen schon längere Zeit nach Möglichkeiten, ihre StudentInnenvertretung von politischer Einflußnahme zu emanzipieren. In den meisten Ländern bestehen Fachschaftsinitiativen, oder es haben sich von den traditionellen politischen Listen (RCDS, LHG, JUSO-HG u.a.) unabhängige Listen Zur Wahl ge-

!SOS! Studentenrat!

Der StuRa gibt nicht auf. Der 21.10. als Termin für die vermeintlich letzte Sitzung erwies jedenfalls (noch) nicht als offizielles Sterbedatum. Vielleicht lag es auch an der erstaunlichen Zahl anwesender StuRa-Mitglieder und Gäste (jeweils ca.25), daß man sich die Sache nochmal anders überlegte. Zunächst mußte jedoch konstatiert werden: Die Arbeit des StuRa lag in



Fotos: W.Harre & J.Krachel

stellt. In der Regel sind diese dann auch gewählt worden. Allerdings sind die Möglichkeiten eines AStA direkt auf die Belange der Hochschule einzuwirken in der Tat sehr gering. Daher haben sich andere Formen studentischer Interessenvertretung gebildet darunter auch StudentInnenräte. An den meisten Unis in der BRD hat man lange dafür gestritten, das zu ermöglichen, was die Landesregierung hier offenbar untersagt. Wir haben also auch die Unterstützung der ASten zu erwarten. Zumal die oben genannten Bestrebungen der Emanzipation studentischer Vertretung an der HUB nicht bestehen können, da es hier noch nie einen AStA gab.

In den Universitäten der übrigen Länder existieren StudentInnenräte. Die Zusammenarbeit zwischen diesen (u.a. über die Konferenz der StudentInnenschaften) hat wesentlich die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen um die Abwicklung bestimmt und ist auch heute bedeutsam für die gerechte Gestaltung der Hochschullandschaft im Osten der BRD unter Einflußnahme der StudentInnen. Die HUB gehört dazu und ist aufgrund ihrer besonderen Stellung sehr wichtig für den Zusammenhalt dieser Strukturen.

Michael Wascke (vom StuRa)

den letzten Monaten weitestgehend brach, die Versammlungen glichen Sprecherratsitzungen, die Beschlußfähigkeit war im Prinzip nicht gewährleistet - wohl auch Resultat fehlender Resonanz seitens der StudentInnen. Ob es bereits das Scheitern dieses basisdemokratischen Modells - die Vertretung studentischer Interessen durch Vertrauensleute in den Fachbereichen - an der Realität war, sei dahingestellt. Fest steht jedoch daß man unter den Bedingungen des BerHGG ohnehin nicht die besten Karten in der Hand hat. Zwar ist der StuRa nicht zur Illegalität gezwungen - das Gesetz schreibt jedoch ein anderes Modell vor - das der westdeutschen ASten. Konträr hier der Vertretungsanspruch: durch Listenwahl gebildetes Parlament, relativ entfernt von direkten studentischen Interessen.

Der Wortwechsel einzelner StuRa-AktivistInnen drehte sich demnach auch gerade um jenen Anspruch. So wurde der durchgesickerte Vorschlag der Aufstellung einer StuRa-Liste auch sofort als schizophren bezeichnet, schließlich könne man nicht für beide grundsätzlich verschiedene Systeme eintreten. Der Aufbau eines AStA sei um keinen Preis zu unterstützen, Listenbestrebungen wurden als Machtanspruch entgegen breiter Interessenvertretung angeprangert.

Die "Neukonstituierung gegen eine rechtliche Situation" als Formel für eine Wiedertaufe des StuRa wurde dann auch mehr oder weniger skeptisch von den meisten Verbliebenen akzeptiert, der eingebrachte Antrag über Ja oder Nein einer Urabstimmung wurde von 26 bei 7 Enthaltungen befürwortet.

"Man kann nicht einfach sagen, es ist aus und vorbei." - war wohl der Grundtenor bei dieser Entscheidung. Nach Anfrage, wer überhaupt von den Anwesenden Interesse an einer zukünftigen Mitarbeit hätte, meldeten sich 14, womit sich das ganze Dilemma wieder offenbart. Wenn nicht ein gewaltiger Ruck durch die Studentenschaft geht - und nicht nur an der Wahlurne - muß der Traum vom Studentenrat wohl endgültig begraben werden. rk

Noch mehr Raum für Notizen ...

Blick zurück nach vorn

oder: Warum UnAUFGEFORDERT vielleicht "die andere" überlebt

I. 'Die Andere' in Nöten / Zeitung der Bürgerbewegung vor dem Aus? titelt (ausnahmsweise fehlerfrei) die taz am 19. Oktober. Und ein Déjà vu¹ stellt sich ein, als unterzeichneter UnAUF-Redakteur liest vom glorreichen Anfang mit hoher Auflage, von brennenden Themen und Resonanz, und schließlich raptider Abwanderung der Leserschaft zu den westdeutschen Hochglanzzeitungen. Nun, letzteres, liebe Bärbel Bohley, ist wohl doch ein wenig zu simpel und eher eine Beleidigung ehemaliger andere-Leser als hart recherchierte Realität - doch kann dieser Lapsus nicht verhindern, daß den Schreiber dieser Zeilen die Bilder jener glücklichen Zeiten heimsuchen, als auch UnAUFGEFORDERT auf dem Gipfel ihres Ruhmes stand...

II. Der Anfang liegt nun fast zwei Jahre zurück. "Freiheit ist immer die Freiheit der anders Schreibenden", sagten sich ein Dutzend StudentInnen (das Innen war damals noch verpönt, selbst bei den innen) der Humboldt-Uni, die in den Zeiten des allgemeinen Aufbruchs das Gefühl hatten, es müsse da etwas geben, was eben ihre Gefühle während dieses Aufbruchs den anderen mitteilt. Und nicht irgendwelchen anderen, sondern ihren KommilitonInnen, und nicht irgendeines Aufbruchs, sondern jenes an der Uni selbst. Und da brach(en) täglich so viel(e) auf, daß UnAUFGEFORDERT Nr. 1, damals NOCH NAMENLOS, dem nur mit einer Chronik beikommen konnte.

Eine eigene Zeitung machen, mit tausenden Exemplaren, ohne jede Zensur (außer natürlich der Schere im eigenen Kopf)... Was noch wenige Wochen zuvor völlig absurd und undenkbar gewesen war, war plötzlich Realität geworden - um in den folgenden Wochen und Monaten Normalität zu werden: aufregende, meist aufreibende, und fast immer aufmüpfige Normalität. Waren es Schlachten gegen die Uni-Bürokratie oder Gefechte mit Wende-Rektor Hass, Aktionen für's Stipendium oder Tips für ganz legale BAföG-Tricks, Ausfälle von Frau Riedmüller oder Entgleisungen des Studentenrates, Enthüllungen aus dunkler

Vergangenheit oder Visionen einer blühenden Zukunft - UnAUFGEFORDERT hatte immer einen rasenden Reporter in der ersten Reihe. O.k. - fast immer.

Und man mauserte sich zu einer "richtigen" Zeitung. Glich Nr. 2 noch mehr prähistorischen Felszeichnungen, wurde ab Nr. 3 das Fremdwort Layout ein Begriff (und sollte hinfort permanenter Zankapfel sein). Ab Nr. 5/6 leistete man sich zwei hauptamtliche RedakteurInnen und einen Fotografen, ab Nr. 8 gab's die legendären Kunstseiten in der Mitte, ab Nr... usw. usf. Und es wäre wahrscheinlich immer so weitergegangen, in erwähnte blühende Zukunft hinein, wenn nicht - nun, man ahnt es schon: die westdeutschen Hochglanzzeitungen.

III. Noch zum einjährigen Jubiläum hatte die Redaktion den Mut, ihre LeserInnen mit folgendem Editorial zur Fete einzuladen:

Spätestens danach jedoch ging es abwärts - nicht mit der Zeitung, die wurde eigentlich immer besser (s.o.); nein, mit den LeserInnenzahlen. Und ganz allmählich besannen sich etliche RedakteurInnen wieder aufs Studieren, neue kamen kaum dazu, und die (wenigen) HandverkäuferInnen träumten von der Zeit, als ihnen die Zeitung noch aus den Händen gerissen wurde (s. Faksimile). Und doch hat es UnAUF seltsamerweise immer wieder geschafft, alle zwei Wochen zu erscheinen. Doch das Häuflein der Aufrechten wird immer kleiner. Ist UnAUFGEFORDERT also das absehbare Schicksal der anderen (s. Anfang) beschieden? Es fällt schwer, optimistisch zu bleiben, zumal auch Sponsor Studentenrat sich scheinbar auf die Ewigen Jagdgründe vorbereitet.

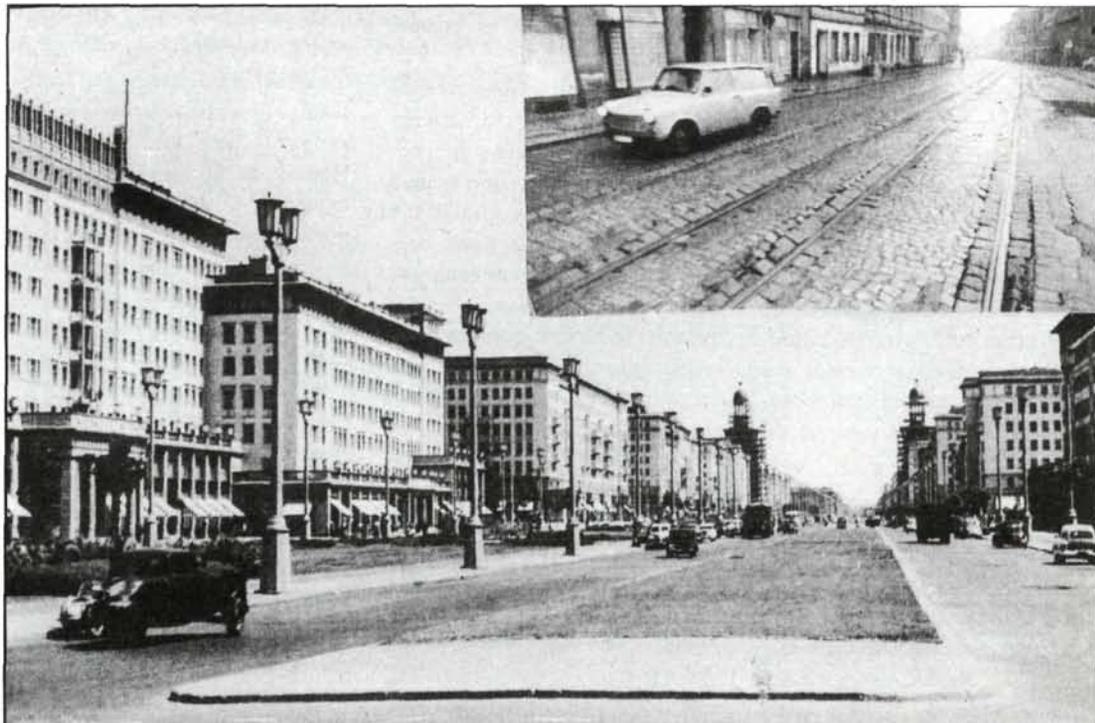
Wo sind sie, die Studis, die, von den Büchern aufblickend, den dunklen Drang verspüren, der uns immer

wieder unaufgefordert in die wechselnden Redaktionsstuben getrieben hat? Wo sind sie, die Freude daran haben, respektlos die Feder zu wetzen und einen Stachel ins Fleisch der Respektpersonen zu senken? Die andere geht ein, weil die Bürgerbewegten der XDDR sich in alle politischen Winde davongemacht haben. Studenten an der Humboldt-Uni, Basis und Thema für UnAUFGEFORDERT, gibt es nach wie vor. Vielleicht könnte deshalb UnAUF die andere überleben? MALER

P.S. Wenn man anfängt, die gute alte Zeit zu besingen, die gerade mal zwei Jahre alt ist, sollte man vielleicht wirklich erst mal was anderes machen...

Anm. d. red.: Er sagt, dies sei sein wirklich letzter Artikel für UnAUF - was die Wehmut, die seinen Stift von Satz zu Satz mehr unnachtet, erklärt.

1 Déjà vu (frz.), etwa: das hatten wir doch schon mal...



Demokratie und Sozialismus

IV. Tübinger Ernst-Bloch-Tage vom 8. - 10. November 1991

Wer sich für Ernst Bloch interessiert, besonders im Licht des zusammengebrochenen Realsozialismus, kann als Arbeitsloser, Studierender für 15,- DM, ansonsten für 25,- DM Teilnahmegebühr an Ta-

gungen wie "Entmännlichung der Utopie", "Sozialismus und Markt" oder "Utopie, Sozialismus, Demokratie" Anteil haben. Näheres erfährt man bei der Vorbereitungsgruppe Tübingen/Mathias Richter, Sigwartstr.11, W-7400 Tübingen. Dort auch Voranmeldung und Programm anfordern.

Projektstudium sucht Mitstreiter

Wir behandeln Graffiti, Kritzelein u.ä. bildhafte Darstellungen als soziale psychologische Erziehungs-, Sprach- und kunstwissenschaftliche Phänomene. Sitzungen nach Absprache der Teilnehmer. Bei Interesse bitte melden unter WB: 849-3945003, Hauke

Was heißt hier TUSMA?

In aller Regel haben es Studenten nötig, "nebenbei" zu arbeiten. Das ist so, und das war schon 1949 so, als nämlich der TUSMA e.V. gegründet wurde. "Telefoniere - und Studenten machen alles" war damals die Parole, die dem beim Amtsgericht Charlottenburg eingetragenen Verein seinen Namen gab. Nach Einführung der D-Mark in den Westsektoren gab es zwar noch weiterhin Stipendien für die Studierenden, jedoch zeigte sich bald, daß diese nicht ausreichten. Bei etwa 100,- DM Stip und 30,- DM Miete konnte man schon damals mit der harten (weil knappen) neuen Währung keine großen Sprünge machen. Selbst Professoren und Dozenten ließen sich hin und wieder als Arbeitsuchende bei der studentischen Vermittlung blicken, wie die im Ostteil Berlins erscheinende National-Zeitung am 9.4.1957 zu berichten wußte. Die DDR-Presse war übrigens von dieser Einrichtung nicht angetan, denn einerseits wurden Studenten tatsächlich auch mit miesen Jobs betraut. Andererseits lag der Marktwirtschafts-Stundenlohn (2 bis 4 DM) nahezu bei damaligen DDR-Facharbeitern, wobei jedoch das schon damals vorhandene Kaufkraftgefälle zu berücksichtigen ist.

Waren 1951 etwa 2000 Studenten bei der TUSMA eingetragen, also als potentielle Arbeitnehmer gemeldet, so sind es in diesem Jahr ca. 22000 im Westteil und knapp 3000 im Ostteil Berlins. In West-Berlin vereint der Verein TUSMA über 10 Hochschulen und Schulen, darunter die TU, die HdK, Technische Fachhochschule, Fachhochschule für Wirtschaft. Das Konkurrenzunternehmen "Heinzelmannchen", ein Ableger des öffentlich-rechtlichen, uns allen gut vertrauten Studentenwerkes, kümmert sich dagegen um die FU, die Deutsche Film- und Fernsehakademie und eine kirchliche Hochschule.

Der TUSMA e.V., der von der Bundesanstalt für Arbeit mit der Arbeitsvermittlung beauftragt ist, besteht im Kern aus 30 Mitgliedern, von denen 5 den Vorstand bilden. Nebenher halten vier Vollzeitbeschäftigte im Westteil und ein Vollzeitbeschäftigter im Ostteil die laufenden Geschäfte aufrecht. Um

Mitglied zu werden, ist die Immatrikulation von mindestens einem halben Semester die Voraussetzung ebenso wie die Zustimmung der bereits gewählten Mitglieder. In der Satzung ist festgelegt, daß die beteiligten Bildungseinrichtungen entsprechend ihrer Studentenzahlen proportional Mitgliederstellen besetzen. Leider ist die Humboldt-Universität derzeit noch nicht vertreten. Jürgen Maier vom TUSMA-Vorstand gesteht den Grund: Es gelang dem in der Hardenbergstr. 34 (TU Berlin) beheimateten Verein nicht, die erforderliche Anzahl der Mitglieder zur Abstimmung über die Aufnahme zusammenzubringen. Peinlich.

Jedenfalls läuft die praktische Arbeit in der Clara-Zetkin-Str. 26 (hinter der Uni) etwa seit dem letzten Wintersemesterferien. Die nagelneue Ausstattung nebst moderner Technik (für über 30000 DM) täuscht darüber hinweg, daß der TUSMA kaum Überschüsse erwirtschaftet. Zum einen hängt das mit der veränderten Arbeitsmarktsituation zusammen, denn nach der letzten größeren Entlassungswelle im Beitrittsgebiet strömen Arbeitskräfte gen Westen und vermindern das Angebot selbst bei kurzzeitigen Jobs. Andererseits sinkt die (West-)Berlinzulage von 8% auf 6%, wobei diese Veränderung steuerlich zu Lasten von TUSMA fällt, erklärt Michael Bostrich als "Ost-Vertreter" im TUSMA-Vorstand. Hinzu kommen fällige Lohnerhöhungen für Mitarbeiter und steigende Anschaffungskosten. Dies alles veranlaßt den Verein, demnächst vermutlich die Vermittlungsgebühren von derzeit 2,5% auf 2,75% oder 3% zu heben.

Nichtsdestotrotz begreift sich der TUSMA auch weiterhin als eine wesentliche und effektive Möglichkeit, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenzubringen. Oftmals fungiert der Arbeitsvermittlungsverein als Anshub für längerfristige Arbeitsverhältnisse, die dann später ohne TUSMA zwischen Studenten und Unternehmern direkt bestehen. Vor allem um zu verhindern, daß sich West-Arbeitgeber an "billige" Ost-Studenten 'ranmachen und damit

allgemein die Löhne drücken, vermittelt der Verein für Ost- und Westteil der Stadt separat. Das heißt nicht, daß es absolut unmöglich ist, als Ost-Student im Westen zu arbeiten und über TUSMA abzurechnen. Liegen die Stundenlöhne im Westteil gegenwärtig bei 13 bis 16 DM, so unterbietet der Ost-Arbeitgeber um zwei bis vier Mark. Damit sind zwar die gravierenden Unterschiede vom Jahresbeginn weggefallen, trotzdem sind Löhne um die 10 DM (bei Steuer- und Krankenkassenvergünstigung) nicht annehmbar. Das weiß auch der TUSMA und versucht, den armen Arbeitgebern die materielle Lage von Studenten vor Augen zu führen. Diese sollte dem Kanzler der Humboldt-Uni allerdings bekannt sein. Um so unverständlicher sind dabei Löhne für studentische Hilfskräfte bei 6 bis 10 DM, weit unter West-Berlin-Niveau. Derzeit besonders gefragt (und bezahlt) auf dem "freien" Arbeitsmarkt sind Studenten mit speziellen Kenntnissen und Fähigkeiten, etwa mit Berufsabschluß als Maurer, Elektriker, Sekretärin oder Dolmetscher, teilt Michael Bostrich (TUSMA Ost) mit. Für alle wird jedoch die alltägliche Drängelei vor und im TUSMA-Büro weiterhin zunehmen. Denn leider stellt die Humboldt-Uni keine weiteren Räume als die vorhandenen beiden kleinen zur Verfügung. So kann hier auch kein Arbeitsamt - wie in der Hardenbergstraße - einziehen, das z.B. ausländischen Studenten eine Menge Wege abnehmen würde.

Zu einer traditionellen Kampagne des TUSMA gehört alljährlich die Versorgung von Berliner Familien mit Weihnachtsmännern. Im letzten Jahr waren es 4000 Einsätze, wobei jeder Akteur etwa 5 bis 10mal seinen Auftritt hatte. Schauspielerisches Talent und ein gutes Gedächtnis für die guten und bösen Taten der jeweiligen Kinder ist vonnöten. Wer also am 24. Dezember noch nichts vor hat, kann seine Fähigkeiten für Film und Bühne testen. - Vielleicht auch Gelegenheit für eine erste Bekanntschaft mit dem TUSMA? **Uwe Hasenbein**
(TUSMA e.V.: Clara-Zetkin-Str. 26; Mo.-Fr. 9-13 Uhr, Mi. 13-18 Uhr - weitere Hinweise in UNAUFGEFORDERT/Erstinformation für das Wintersemester '91)

Weggehen

... oder bleiben? So jedenfalls stellt sich ernsthaft die Frage für mich und einige meiner Kommilitonen aus dem Studiengang Sozialwissenschaften, der nicht nur an ideologischer Belastung, sondern auch mit organisatorischen Problemen schwer zu tragen hat.

Nur ein Beispiel.

Als in der ersten Studienwoche Studenten des Fachbereiches der Aufforderung zum Einschreiben in die (laut Studienordnung notwendigen) wahlobligatorischen Fächer Ökonomie und Rechtswissenschaft nachkommen wollten, wurden sie strikt von den entsprechenden anderen Fachbereichen abgewiesen. Das gleiche Problem also wie im Semester davor. In Ton und Pose eines gewichtigen Entscheidungsträgers machte z.B. Herr Dr. Beyer vom FB Wirtschaftswissenschaften den bittenden Studenten klar: In BWL gibt's keine Plätze (!) drüber reden. Man müsse das natürlich ordentlich als potentieller Nebenhörer beantragen. Nein, sein Institut sei nicht gewillt, ohne Absprache mit den Verantwortlichen von den Sozialwissenschaften einfach so Studenten aufzunehmen. Wo kommen wir denn dahin?

Ja, das frage ich mich eben auch. Wahrscheinlich weg von der Humboldt-Uni. Aber zunächst bleibe ich. Noch. **Uwe Hasenbein**

Augenarztpraxis sucht für zehn Std. pro Woche (di. von 13-18; fr. von 7.30-13.30) für Anmelde-tätigkeiten sympathische StudentIn,
Entlohnung: 11,-/h; Frau Dr. Schmiedel, Tel. 2825628, O-1040, SchiffbauerInnendamm 6/7



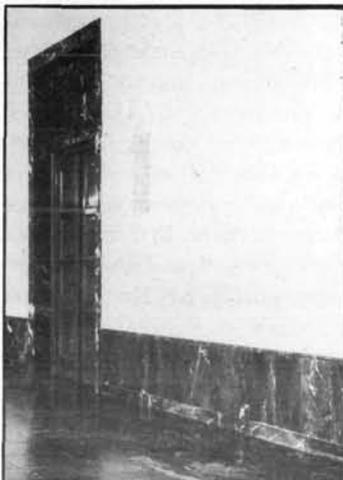
Student übernimmt Schreibarbeiten aller Art, wiss. Arbeiten, Bewerbungen etc. Auch am Wochenende. M. Petersell, Tel.: 562 73 78

Der Beobachter am Atatürk-Stausee (Spreebeobachter war im Urlaub)

Urlaubererinnerungen und eine bemerkenswerte Erkenntnis zur Chaos-Theorie

"Die Menschheit? Das ist Quark mit Soße."
(Bismarck in seinen Gesprächen mit seinem Lieblingshund.)

Erstaunt schütteln die Mathematiker an ihren Computern ihre Köpfe, wenn sie auf das Chaos stossen. Nicht ihr Computer wird zum Zentrum eines neuen schwarzen Loches (siehe Singularität) oder die Frau Gemahlin/der Herr Gemahl



Wahn Unsterblichkeit:
August 1991

kommt mit einem Beutelwolf auf dem Kopf ins Zimmer. Nein, Chaos findet auf dem Computerbildschirm statt. Möglichst in Farbe und mit Apfelmännchen. Was dem Laien eine wunderschöne unbekannt Ordnung ist dem Fachmann Chaos. Chaos ist, wenn es nicht möglich ist, auszurechnen, was bei einer Aufgabe als Ergebnis herauskommt. Die Auflösung aller bekannten

Ordnungen. Geringste Veränderungen bei den Eingangsgrößen führen zu großen Veränderungen beim Ergebnis. Beispiel: Ich schreibe den Spreebeobachter und 30 Jahre später findet eine Katastrophe statt oder unterbleibt. Oder: Ein origineller Diktator erobert ein kleines Scheichtum und nach einem Jahr ist er immer noch im Amt. Der japanische Kaiser kapituliert schriftlich. Weil die Amerikaner das kaiserliche Hofja-



September 1991

panisch nicht verstehen, fallen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

Und nun zu meiner Erkenntnis. Die Gründe, warum wir soetwas nicht berechnen können, liegen in der Mathematik. Die gedachte Welt der Mathematik stimmt nur in sich selbst. Sie hat mit der Realität außer

gewissen bemerkenswerten Parallelen nichts gemein. In der Natur gibt es keinen rechten Winkel, 1 plus 1 ist, außer im Ghetto der Mathematik, niemals zwei. Wenn ich einen Apfel habe und noch einen, werde ich in der Natur immer zwei unterschiedliche Exemplare behalten, die außer in groben, vom Menschen geschaffenen Rastern (eben "Apfel") nicht übereinstimmen. Die menschliche Sprache hat also, wie der Boden den Samen, die Mathematik in sich enthalten. Was uns zu wundern hat, ist lediglich,



Oktober 1991 Fotos: Fisahn

daß wir gerade zu dieser Mathematik gelangt sind, und nicht zu einer, die uns die Welt erklärt und nicht bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

Wie ich die Chaostheorie begriffen habe, wundert man sich also über die Verwicklungen in der Fantasiewelt Mathematik. Die Mathematik aber gilt es endlich der Realität anzupassen. Eine neue undogmatische Mathematik muß her, eine, die berücksichtigt, daß die Erde rund ist und doch für eine Scheibe gehalten werden kann. Einfach eine Mathematik, die nicht lügt. Eine Ma-

thematik, die das "plus-minus sowieso" nicht verschweigt, es nicht verschweigen muß und mit der man trotzdem Staudämme bauen kann, wie den des Euphrats in Kurdistan.

Die Kurden, ein ehrliches, immer unterdrücktes Bergvolk. Karl May konnte von der bereitwilligen Beteiligung der Kurden am ersten geschichtlichen Massenmord in der Menschheitsgeschichte nichts ahnen. Die Rede ist vom Genozid an den Armeniern im 1. Weltkrieg. Die Menschheitsgeschichte ist leider eine Aneinanderreihung von Mord und regelrechten Verbrechen. Allenfalls gemildert durch materielle Gier, Größenwahn (Kirchen, Pyramiden) und biologischen Drang (Liebe, Gemeinschaftssinn). Vernunft? Bis dahin ist es ein weiter Weg. Und leider gehen wir ihn auch nicht. Wir wollen verständlicherweise Spaß und Erfüllung, nicht anders als jeder Kaktus. Wir wollen unsterblich sein nach dem Tod (Religion), in unseren Taten (Hitler) oder in unseren Kindern. Zu den wenigen wirklich zweifellos guten, genesenden Entwicklungen der Menschheit zählt das Wasserklosett und die Abschaffung der Todesstrafe.

Das einzig Sichere ist der Tod. Eine bedenkenswerte Tatsache will ich hierbei noch erwähnen, nämlich die, daß die Selbstmordrate bei Psychiatern doppelt so hoch ist, wie bei ihren Patienten. Das sollte ausreichen, sich ein eigenes abschließendes Urteil über diese Wissenschaft zu bilden. Aber wir waren beim Tod. Und damit sind wir bei unserer beschwingten Wanderung durch die Narrheiten der Welt bei der Esoterik angelangt. Gibt es ein Leben nach dem Tod? Eins ist klar: Entweder es gibt ein Leben nach dem Tod oder es gibt ein Leben vor dem Tod. Gäbe es beides, wäre das unsinnig. So unsinnig als würde ich behaupten, ein Motor wäre, bevor er kaputtgeht, genauso funktionsfähig wie danach. Den Angriffen aller Nicht-Atheisten sieht mit Neugierde entgegen **F.**

Ich will Euch, UNAUFGEFORDERT!

Ich möchte die nächsten ...
Nummern ab Nr. ... im
Briefkasten finden.
Meine Adresse:

Name Vorname

Str., Hausnr PLZ u.
Wohnort

UNAUFGEFORDERT

Unter den Linden 6, Zimmer 3022, Berlin O-1086

Das Geld (pro Nr. 1,-DM) ist
auf Euer Konto eingezahlt:
BfG, M. Kolbe, 2624780300,
BLZ 100 101 11.

[Bitte eine Kopie des
Einzahlungsbelegs beilegen.]
Am einfachsten ist die
Abonnierung an unseren
Ständen!

Wir garantieren, daß die
bestellten Nummern zugeschickt
werden, sobald das Geld bei uns
auftaucht.

DAS ALLERLETZTE

"Wichtig ist, was hinten dabei herauskommt."
Helmut Kohl auf dem deutschen Trompetertag